Ausland

Norwegen

Spaltung der Kommunistischen Partei.

Der große Eisenarbeiterstreik und die damit verbundene Gesamtaussperrung der norwegischen Arbeiterschaft ist mit einer gewaltigen Niederlage für die Proletarier beendet worden. Die Form, unter der dieser heldenmütige Kampf der norwegischen Arbeiterklasse zum Abschluß kam, ist für die revolutionäre Bewegung in Skandinavien durchaus betrübend und schädigend. Sieben Monate hindurch haben die beiden sich bekämpfenden Flügel der norwegischen kommunistischen Partei ihren Kampf auf den Rücken der norwegischen Proletarier ausgefochten und diese gehörig mißbraucht. Ueber diese Niederlage hat die Sozialdemokratie Skandinaviens ein Triumphgeheul erhoben.

Als die III. Internationale die norwegische Sektion aufforderte, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften als Ganzes aufzuheben und dafür die individuelle Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei (wie üblich) auch in Norwegen einzuführen, wurde diese Forderung von dem größten Teil der Führer und Vertreter abgelehnt. Hieraus ergab sich die Spaltung der Kommunistischen Partei Norwegens unter Leitung Tranmaels, der eine „Norwegische kommunistische Arbeiterpartei" ins Leben rief. Da sich die norwegischen Gewerkschaften in den Händen dieser (abgespaltenen) Kommunisten befinden, ist die neue Partei finanziell gesichert.

Eine ähnliche Trennung, wenn auch aus anderen Gründen, vollzog sich bald darauf in der Kommunistischen Partei Dänemarks. Dort bildete sich unter Führung des Rechtsanwalts Becker in Kopenhagen eine Opposition in der KP. Dänemarks, die ein eigenes Organ „Pressen" herausgab, bis sie sich schließlich völlig lossagte und eine eigene Partei unter dem Namen „Kommunistische Arbeiter- und Kleinbauernbewegung" mit einem verschwommenen Programm gründete. Jetzt arbeiten beide, die norwegische Gruppe und die dänische als Splitter der kommunistischen Sektionen Skandinaviens und Dänemarks Hand in Hand.

So sind auch in diesen Ländern die Spaltungen und Zersetzungen der Sektionen der III. Internationale an der Tagesordnung.

Das moderne Palästina und seine Arbeiterbewegung

Das ethnographisch, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängende Vorderasien ist bekanntlich von den westlichen imperialistischen Staaten durch ein künstlichtes System in kaum 15 Mandatländer aufgeteilt. Syrien geriet unter französische, Palästina unter englische Herrschaft; aus Mesopotamien, Hedschas und Transjordan machte man selbständige, aber unter dem Protektorat Englands stehende arabische Staaten. Unruhen, Konflikte und Aufstände, die sich entweder direkt gegen die Engländer (Palästina) oder gegen die von ihnen eingesetzten arabischen Könige richten, sind die natürlichen Begleiterscheinungen dieser durch den Wettstreit des englischen und französischen Imperialismus bedingten Aufteilung Vorderasiens.

Es ist daher kein Wunder, daß die Verhältnisse im ganzen Lande jeder Beschreibung spotten. Das Bandenunwesen nimmt überhand. Die Beamtenschaft füllt sich auf Kosten der schutzlosen Bevölkerung die Taschen. Ein erpresserisches Steuersystem, das auch die berüchtigte Bodensteuer enthält, schröpft die Bevölkerung noch mehr als das frühere türkische. Reißt den sonst so geduldigen Fellachen einmal die Geduld, dann werden sie durch englische Tanks, Panzerautos und Flugzeuge eines besseren belehrt. Die Staatsmacht in Palästina wird von einem obersten englischen Kommissar ausgeübt. Ihm stehen zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung" zahlreiche Kolonialtruppen zur Verfügung. Er schaltet und waltet nach eigenem Gutdünken und verkörpert die gesetzgebende und ausführende Gewalt. Ihm sind die Gouverneure direkt unterstellt. Allerdings ist der Versuch unternommen worden, eine Scheindemokratie einzuführen, d. h. selbständige örtliche Verwaltungsorgane einzusetzen. Da aber, die zu diesem Zweck vom Kommissar einberufenen Konferenzen von den Arabern boykottiert werden, haben diese Organe überhaupt keinen Einfluß. Neue rechtliche Formen wurden überhaupt nicht eingeführt. Für die Eingeborenen gelten die alten türkischen Gesetze sowie die Vorschriften des Korans, Ausländer dagegen, insbesondere englische Bürger, genießen, trotzdem alle Privilegien offiziell aufgehoben sind, weitgehendste Vorrechte. England betrachtet Palästina als eine strategische Kolonie zur Sicherung der Landverbindung mit Indien und Aegypten.

Die wirtschaftliche Expansionspolitik der imperialistischen Staaten hemmte vor dem Kriege die industrielle Entwicklung Palästinas. Das europäische Kapital überschwemmte mit seinen Waren den Markt und verdrängte die handwerklichen Erzeugnisse des Landes. Die dadurch ihrer Existenzmöglichkeit beraubten, unter den schweren Lasten fast zusammenbrechenden Fellachen gerieten infolgedessen in immer tieferes Elend und verkommen mehr und mehr.

Von einer 18—20jährigen Arbeiterbewegung, wie dies offiziell behauptet wird, kann wirklich nicht die Rede sein, da die Industrie in Palästina auch heute noch in den allerersten Anfängen der Entwicklung steckt. Es handelt sich höchstens um fünf bis sechs Jahre.

Erst nach dem Kriege, als das von den Engländern besetzte Palästina von Balfour den Zionisten zugesprochen wurde, änderten sich die Verhältnisse. Jüdische Einwanderer, darunter auch Industriearbeiter, kamen das Land. Sie siedelten sich teilweise in den Städten und in bereits bestehenden Kolonien an, teilweise gründeten sie neue Ortschaften. Sie waren es, die die Industrie des Landes zu neuem Leben erweckten. Jetzt zogen auch die Fellachen aus den umliegenden Dörfern in die Städte, um sich dort eine Existenz zu suchen. Diese Abwanderung der eingeborenen Landbevölkerung wurde noch dadurch begünstigt, daß der Ankauf von Land durch die zionistischen Gemeinden eine ungeheure Bodenspekulation entfesselte; in einigen Gegenden stiegen die Bodenpreise um das Hundertfache und mehr. Die Großgrundbesitzer, die sogenannten Effendi, rafften alles Land an sich, die überaus verworrenen Verhältnisse im Grundbesitz rücksichtslos ausnutzend, so daß in vielen Fällen die kleinen Bauern von ihrer Scholle vertrieben wurden.

Wir haben heute in Palästina ein bereits ziemlich starkes Proletariat, und zwar etwa 60 000 bis 70 000 Arbeiter, ungerechnet Heimarbeiter und Fellachen; davon sind 40 000 bis 50 000 Araber, der Rest Juden. Die charakteristischen Merkmale der arabischen Arbeiterschaft sind Passivität, Unterwürfigkeit und Unwissenheit (98 v. H. Analphabeten). Arabische Arbeiter werden hauptsächlich auf den Bauten in den Kolonien und beim Straßenbau beschäftigt. Ihr Lohn beträgt 50 v. H. von dem der jüdischen Arbeiter. Dazu kommen unbegrenzte Arbeitszeit, vielfache Behandlung seitens der Unternehmer und deren Beauftragten sowie furchtbar unhygienische Zustände in den Betrieben. Trotzdem hat die arabische Arbeiterschaft gegen ihr Los noch nichts unternommen. Sie kennt noch keine Organisation. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse bei den jüdischen Arbeitern. Diese zerfallen in zwei streng zu unterscheidende Gruppen, in Eingeborene und in Einwanderer. Erstere stehen im allgemeinen auf demselben Niveau wie ihre arabischen Klassengenossen. Dagegen die eingewanderten jüdischen Arbeiter haben, da sie fast alle aus Industrieländern stammen, organisatorische Erfahrungen und Klassenbewußtsein außerdem sind darunter gelernte Spezialkräfte, deklassierte Gewerbetreibende, Händler, Intellektuelle usw., bei denen der nationalistische Chauvinismus eine große Rolle spielt.

Die Araber als billige Arbeitskraft verdrängen die jüdischen Arbeiter. Letztere sind nun gezwungen sich ihrer Haut zu wehren. Sie gründen Produktivgenossenschaften, die aber nichts mit Klassenkampf zu tun haben, sondern nationalistisch eingestellt und nur um den Arbeitsmarkt zu erobern bestellt sind. In diesem Fahrwasser befindet sich auch eine gewisse pseudomarxistische Ideologie, die man heute in Palästina bei den Juden beobachtet. Diese Tendenz wird noch recht lange in der dortigen Arbeiterbewegung vorherrschen. Die Vertreter dieser Ideologie behaupten, eine Bourgeoisie gibt es nicht, folglich auch keinen Klassenkampf. Die Aufgabe des Proletariats bestehe darin, eigene wirtschaftliche Organisationen zu schaffen, um mit deren Hilfe, aber unter Beobachtung des nationalen demokratischen Prinzips, das jetzt herrschende Kapital zu verdrängen. Sie haben im ganzen Lande eine Reihe von Arbeiterorganisationen nach dem Muster der englischen Gilden gegründet, die sich aber gleichzeitig auch gegen die arabischen Arbeiter richten. Sie sollen den Grundstein der künftigen klassenlosen Gesellschaft bilden. Im August 1918 schlossen sich auf diesem Boden alle Arbeiterorganisationen zu der sogenannten „Gemeinschaft der Arbeit" zusammen.

Abseits standen nur die absolut konservativen Elemente, die Mitglieder der früheren nationaldemokratischen Partei, denen das Programm der „Gemeinschaft" zu sehr links gerichtet war, sowie eine Gruppe klassenbewußter Arbeiter, die international dachten und später die Sozialistische Partei Palästinas gründeten. (SPP.) Es bestehen demnach in Palästina drei Richtungen. Die SPP. entwickelt eine ziemlich rege Propaganda und hat auf die Mitglieder der „Gemeinschaft der Arbeit" einen merklichen Einfluß, so daß selbst politische Streiks nicht zu den Seltenheiten gehören. Im Dezember 1919 wurde die „Allgemeine Organisation der werktätigen Juden in Palästina" gegründet, hauptsächlich zu dem Zweck den reaktionären geplanten Organisationen entgegenzutreten.

Da nun alle gemeinnützigen Einrichtungen wie Krankenkassen usw. von der jüdischen Bourgeoisie unterhalten werden, sind in gewissem Sinne auch die Gewerkschaften von den Zionisten abhängig. Streiks sind im allgemeinen verpönt, da sie den nationalen Aufbau gefährden. Der Klassenkampf gilt bei den Gewerkschaften als eine hohle, von Kommunisten erdachte Phrase und der Internationalismus des Arabern gegenüber als ein nationaler Verrat. Die Sozialistische Partei sah sich bald gezwungen, eine „Allgemeine Organisation der werktätigen Juden" aussutreten und schuf ein Organisationskomitee der internationalen Klassenverbände, welches sich aber infolge der schwankenden leitenden Elemente wieder auflösen mußte. Es existiert jetzt dort auch eine kommunistische Bewegung, die aber illegal arbeiten muß. Leider ist in der Hinsicht auch von den revolutionären Arbeitern nichts unternommen worden, die arabischen Arbeiter für sich zu interessieren, sie mit in die Organisation aufzunehmen. Nur die Eisenbahner, die nicht durchweg jüdisch sind wie die anderen Arbeiterorganisationen, haben Araber als Mitglieder aufgenommen und entfalten eine rührige Propaganda in diesem Sinne. Die Kommunisten, obwohl illegal, arbeiten eifrig an der Aufklärung der Arbeiter über die Zionisten. Für sie kann es deshalb auch nur die Losung geben im gegenwärtigen Augenblick, die arabischen und jüdischen Arbeiter zu vereinen gegen die inländische Bourgeoisie und gegen den anglo-zionistischen Imperialismus.

Grönlands Kolonisierung

Der Streit zwischen Dänemark und Norwegen um den Besitz und die Ausbeutung Grönlands wird wahrscheinlich damit enden, daß auch der dänische Reichstag das inzwischen vom norwegischen Storthing angenommene Uebereinkommen ratifizieren wird, trotzdem sich von seiten der dänischen Nationalisten und interessierten Finanzgruppen eine starke Opposition bemerkbar macht. Bereits seit mehreren Jahren tobt der Streit um die Hoheitsrechte auf die Ostküste Grönlands, (bisher nur dänische Kolonie) der erst akut wurde, als in Grönlands Boden allerlei wertvolle Mineralien entdeckt wurden. Jetzt stellte sich hinter die dänischen Forderungen das französische und hinter die norwegische das englische Kapital, die sich beide hinter den Kulissen scharf bekämpften. Außer Bergwerksinteressen kommen noch die Interessen der grönländischen Kompagnie (kgl. dänische privatrechtlich [genehmigte] Kompagnie) in Betracht, da diese Gesellschaft das alleinige Ausbeutungsrecht auf die westgrönländische Eskimobevölkerung besitzt, die sich durch Raubbau und schlechte Ernährungsverhältnisse ungemein verringert und verschlechtert hat. Die grenzenlose Ausbeutung durch diese Gesellschaft, die ungeheuere Entfernung von den Kulturzentren und allem Verkehr lassen alle Beschwerden der Eskimos ungehört verhallen, zumal auch Fremden der Einblick in diese Verhältnisse erschwert wird. Dennoch darf man nicht glauben, daß die Eskimos absolut unbeleckt von aller Kultur sind. (S. den Film „Nanuk" — der Eskimo!)

In den Haupthandelsplätzen an der Westküste befinden sich Schulen und selbstverständlich auch Kirchen mit den dazu nötigen Pfaffen. Man trifft dort auf einzelne Eskimos mit europäischer Allgemeinbildung, sogar eine Zeitung in der Eskimosprache erscheint dort. Anderseits verschwindet Kenner der dortigen Verhältnisse, daß die Eskimos auch mit den bekannten Segnungen der kapitalistischen Kolonisation beglückt worden sind: Missionare, Alkohol und Syphilis, dazu noch Monopole aller Art, denn durch die alleinigen Ausbeutungsrechte der oben erwähnten dänischen kgl. Gesellschaft ist die freie Konkurrenz ausgeschaltet worden. Daß die norwegischen Kapitalisten darüber erbost sind, läßt sich verstehen, wenn man berücksichtigt, daß die dänischen Wachtschiffe sehr streng gegen norwegische Fischdampfer und Schiffe in diesen Gewässern vorgehen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Norweger Reeder und Fischer bedeutend geschicktere Fänger (Wale, Robben und Fische) sind und auch in kaufmännischer und technischer Hinsicht über bessere Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um diese Fänge richtig zu verwerten. Die dänischen Fischer und Reeder, die sich nicht so gut anpassen können, werden allerdings teilweise auch durch einen ungeheuer schwerfälligen Amtsapparat daran gehindert, in derselben Weise in Grönland Raubbau zu treiben, wie die norwegischen Kapitalisten dies gewohnt sind.

Die dänische Grönland-Kompagnie will jetzt einen Teil der Eskimos von der Westküste Grönlands nach den an Fischen, Walen und Robben reicheren Teilen der Ostküste verpflanzen, um die Ausbeutungsmöglichkeit dieser Eskimos zu erhalten. Dabei erfolgt wieder ein Zusammenstoß kapitalistischer Interessen in diesem Polarlande, indem die Schiffsreeder und Fischerei-Interessenten Norwegens uneingeschränkte Ausnutzungsrechte für die Wal- und Robbenfängerei in diesen Gewässern aus den bereits angeführten Gründen für sich beanspruchen. Doch sind in Wahrheit die treibenden Kräfte in diesem kapitalistischen Streit auf dänischer Seite die französischen und auf norwegischer die englischen Finanzinteressen, also Frank gegen Pfund. Neben der Jagd auf Pelztiere wird dort von dänischen Gesellschaften eifrig die Ausbeutung der Kryolithlager (Kryolith ist ein Mineral, das z. B. Aluminium liefert) betrieben; doch wird dabei sehr darauf geachtet, daß die zu diesem Zwecke in Grönland beschäftigten europäischen Arbeiter und Angestellten (Kontraktarbeiter) nicht mit den Eskimos in Berührung kommen, um diesen vielleicht den Geist des Aufruhrs einzuimpfen. Wie gründlich die ganze Kolonisierungsarbeit in Grönland von der dänischen Regierung betrieben wird, mag auch daraus ersehen werden, daß man zurzeit öffentliche Mittel zur Errichtung eines Heims für elternlose Eskimokinder sammelt.

Zum Schluß ist noch erwähnenswert, daß nach dem Weltkrieg die Großmächte England, Frankreich und die amerikanische Union einen förmlichen Wettlauf um die Gunst des kleinen Dänemark begonnen haben. Kaum ist das Flottengeschwader einer dieser Staaten abgefahren, so stellt sich mit minutiöser Pünktlichkeit das nächste der anderen Macht ein. Dies geschieht alles nur, um die Einfahrt zur Ostsee durch den Oeresund zu beherrschen, hier strategische Uebungen vorzunehmen, die skandinavischen Staaten einzuschüchtern und Sowjet-Rußland von der Nordsee abzuschneiden, was ein Hauptzweck mit dabei ist.

Mitteilungen

An die Ortsgruppen im Reich

Bezugnehmend auf unsere Notiz in Nr. 51 der „KAZ.", lassen wir die Ortsgruppen folgen, die mit mehr als 4 Nummern im Rückstand sind:

Aschersleben,	Braunschweig,
Cöthen,	Chemnitz,
Düsseldorf,	Dresden,
Essen,	Freiberg i. S.,
Fürstenwalde a. d. Spree,	Haßloch (Pfalz),
Hohenstein-Ernstthal,	Hamburg,
Jena,	Eberswalde,
Köln-Sülz,	Kahla i. Thüringen,
Leipzig,	Magdeburg,
Memel,	Nachrodt,
Naumburg,	Pirmasens (Pfalz),
Pleiße,	Rudolstadt,
Rathenow,	Ronsdorf,
Rüstringen.	Suhl.

Genossen! Wir ersuchen euch, doch so schnell als irgendmöglich euren finanziellen Verpflichtungen gegenüber eurem Kampforgan nachzukommen, da sonst das Erscheinen desselben in Frage gestellt ist.

Achtung Ortsgruppe Essen

Genossen der Partei und Union jeden Freitag abend Mitgliederversammlung. Vortrag eines Genossen: Aufgaben und Taktik der KAPD. Lokal Seidensticker, Segerothstraße.

Ortsleitung der AAU., KAPD. Essen.

Jugendgenossen der Ortsgruppe Essen: Jeden Montag und Donnerstag 7 Uhr bei Genossen Quest, Hundebrinkstr. 21, Gruppenabend. Indifferente sind eingeladen.

Die Ortsleitung.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Stomoro, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergeb. 1 Trpp., b. Schulz.
„ B. Goscinski, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: H. Turpa, Samariter-Straße 38, Stflg. III.
„ K. Herbold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schurl, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12.
Pankow: Hans Liepe, Damerowstraße 45.
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36, II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name .....

Ort .....

Straße ..... Nr. .....

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

5. Jahrg. Nr. 53

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im „Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Londoner Konferenz

In allen Ländern, wo bisher sogenannte „Arbeiter-Regierungen" ans Ruder kamen, haben dieselben klar und eindeutig den Beweis dafür erbracht, daß es ihnen durchaus ernst ist mit der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie haben in den meisten Fällen sowohl außenpolitisch als auch besonders innenpolitisch die nationale Ausbeuterklasse gerettet. Sie haben neue, bessere, psychologisch feinere, dem Proletariat angepaßte Ausbeutungsmethoden erfunden, um sich ihrer geduldeten Existenz würdig zu erweisen. Im besonderen hier in Deutschland sind diese Dinge kraß in Erscheinung getreten. Wir alle kennen die Auswirkungen der Politik dieser „Arbeiterführer" aus eigener Erfahrung.

Aehnliches vollzieht sich jetzt in England. Der Arbeiterführer" und Premierminister Mac Donald hat unter dem Titel „Unsere Politik" eine Reihe von Aufsätzen erscheinen lassen, in denen er das Programm der zur Regierung gekommenen Arbeiterpartei festlegt. Er schreibt dort inbezug auf die Außenpolitik folgendes:

Sie (die Arbeiterpartei) würde ihren Wunsch verkünden, unsere früheren Feinde in den Völkerbund zu bringen, um den Völkerbund in die Lage zu versetzen, seine eigene Verfassung einer Revision zu unterziehen, so daß er zu einem wirklichen Völkerrat wird und nicht bloß eine Exekutive der Regierungen bleibt. Sie würde sich mit den Fragen des Völkerbundes beschäftigen, die sich aus dem Friedensvertrage ergeben und eines Rates oder Revision bedürftig sind. Sie würde ihre ganze auswärtige Politik auf Richtlinien der Abkehr von der Geheimdiplomatie, der gemeinsamen Aktion des schiedsgerichtlichen Verfahrens der Abrüstung aufbauen, und jeden einzelnen Schritt der Politik Schritt für Schritt im Einklang mit anderen Völkern und mit Hilfe der öffentlichen Meinung verfolgen.

Das klingt alles sehr schön utopisch-sozialistisch. Hat aber einen durchaus realen Kern. Der offen auftretende, brutal vorstoßende, alles zertrümmernde Imperialismus hat hier genau wie in allen anderen Ländern kläglich Schiffbruch gelitten. Der Arbeiterpartei fällt nunmehr die Aufgabe zu, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, ihre Fühler ausstrecken und alle Sympathien, die die Politik des Raubimperialismus verscherzt hat, mit der großen Geste der Freundschaft, der Verbrüderung und der friedlichen Illusion des ungestörten Beieinanderlebens der Nationen wiederzugewinnen. Für diesen Wirkungskreis innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform ist die Arbeiterpartei wie geschaffen. Umsomehr, als an ihrer Spitze ein Mann wie Mac Donald steht, der in der II. Internationale von jeher eine große Rolle spielte ohne dabei auch nur einmal zu vergessen, die besonderen nationalen Interessen seines Landes zu wahren.

Die große Politik dieser englischen „Arbeiterregierung" ist denn auch, getreu ihrer Vorbilder in anderen Ländern, mit ernsten Mühen darauf bedacht, die Interessen ihrer nationalen kapitalistischen Gruppen hochzuhalten. Die Arbeiterklasse wird mit ein paar Reformchen abgetan. So ist denn die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade in der Zeit der „Arbeiterregierung" die sozialen Gegensätze sich in erheblichem Maße verschärft und die Kämpfe der Arbeiterklasse einen vorher nie gekannten erbitterten Charakter und eine ganz ungeheure Ausdehnung angenommen haben.

Diese in der Geschichte der letzten Jahre immer wieder festzustellende Tatsache beweist mit zwingender Deutlichkeit, daß es das Kapital ausgezeichnet versteht, in Zeiten der zugespitzten Krise die „Führer" der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften und Parteien vor seinen Wagen zu spannen. Sie beweist aber auch auf der anderen Seite, daß diese „Führer" jederzeit gewillt sind, das Proletariat zu verraten. Und sie beweist darüber hinaus vor allem, daß das Proletariat noch nicht erkannt hat, worin seine geschichtliche Aufgabe besteht. Sonst könnte es unmöglich ruhig zusehen mit welch zynischer Unverfrorenheit es über seine wahre Klassenlage hinweggetäuscht wird.

In Verfolg dieser Politik, der man gern den Namen Pazifismus beilegt, hat nun Mac Donald versucht das Dawes-Gutachten möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen. Er setzte sich mit seinem französischen Kollegen Herriot persönlich in Verbindung unter Umgehung der sonst üblichen Geheimdiplomatie und holte sich von ihm die Zustimmung, zur Einberufung der vielumstrittenen „Londoner Konferenz". In den Einladungsschreiben, die Mac Donald versandte, schlug er die Gründung eines besonderen Komitees vor, das praktisch die Vorrechte und Einrichtungen des Reparationskomitees haben und über die richtige Ausführung des Dawes-Gutachtens seitens Deutschlands wachen sollte. Das ganze Komitee sollte als ein besonderes Organ dem Völkerbunde angegliedert und unterstellt werden.

Dieser Plan liegt durchaus in der Linie der englischen Politik, die sich die augenblickliche Schwäche des französischen Kapitals zunutze machen will, um die Vorherrschaft über Europa zurückzugewinnen. Es will zwei Fliegen mit einem Schlag erledigen. Einmal ist eine Kommission, die unter dem Völkerbund steht, mehr dem englischen als dem französischen Einfluß unterworfen und zum zweiten versucht sich England durch diese Taktik ein Gegengewicht gegen das immer mächtiger und drohender auftretende Frankreich in Deutschland zu schaffen, das einer Kontrolle des Völkerbundes auch mehr geneigt ist. Es steht unbedingt fest, wenn es auch amtlich dementiert und als ein Mißverständnis hingestellt wird, daß Herriot diesem Plan bei seiner persönlichen Zusammenkunft mit Mac Donald zugestimmt hat. Herriot war jedenfalls der ehrlichere Pazifist von den beiden, soweit man dabei von Ehrlichkeit überhaupt sprechen kann, der sich in dem Augenblick von dem schönen Plan der Völkerversöhnung übertölpeln ließ ohne zu merken, daß dieser Pazifismus für Mac Donald nur das gute Geschäft war. Zu Hause hatte man aber umso besser aufgepaßt. Die nationale Opposition unter Führung Poincarés lief sofort Sturm gegen diese Abmachung und forderte den Kopf Herriots, der die nationale Verteidigung des Landes gefährde. Herriot befindet sich bereits in vollem Rückzuge, die Konferenz soll vertagt und in Brüssel abgehalten werden. Unter Umständen ist sie überhaupt in Frage gestellt.

Wie dem auch sei. Die Methoden des schrankenlosen Imperialismus mit ihrer Taktik des Elefanten im Porzellanladen haben abgewirtschaftet. Sie werden nur noch von den militärischen Machthabern vertreten, für die dieser Standpunkt eine Frage der persönlichen Existenz ist. An deren Stelle tritt jetzt der Pazifismus, die „friedliche" Durchdringung der Völker mit dem Gedanke des Kapitalismus. Diese Taktik ist zur Zeit die einzig mögliche und verspricht umso mehr Erfolg, wenn sie vom Kleinbürgertum selbst vollzogen wird nach der Parole: „Jedermann sein eigener Kerkermeister, jedermann sein eigener Henker." Unter diesen Umständen muß und wird die Londoner Konferenz oder eine ähnliche andere über kurz oder lang doch zu einer Notwendigkeit der neu orientierten Kapitalismen.

Umrangieren arbeitsloser Sklaven

Der „Vorwärts" vom 9. Juli meldet:

„Die Krisis in der Kali-Industrie hat in der mitteldeutschen Bergarbeiterbevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Im Nordhausener Bezirk herrscht geradezu Verzweiflungsstimmung. Inzwischen haben unsere Genossen in verschiedenen Anträgen von der Staats- und Reichsregierung Maßnahmen zur Abwendung der Stillegungsgefahr gefordert. Da aber auf die Dauer die Stillegung der nur wenig rentablen Betriebe im Kalibergbau sich doch nicht vermeiden lassen wird, wurde weiter verlangt, daß die arbeitslos werdenden Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands soweit als möglich in die Landwirtschaft übergeführt werden soll."

Die Katze fällt doch immer auf die Beine und die SPD. hat immer einen „guten" Rat für die Proleten. Erst stellt man natürlich allerlei Forderungen an die bankrotte Staats- und Reichsregierung, an die man selbst nicht glaubt, aber leider noch ein Teil Proletarier, um dann klein beizugeben und zu erklären, daß die Betriebe nicht rentabel, d. h. konkurrenzfähig sind trotz des wüsten und langen Schuftens der deutschen Arbeiter.

Doch dann schlägt man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe in dem man die „arme, leidende Landwirtschaft" mit verzweifelten Sklaven versorgt, die alles tun müssen was man verlangt und hat wiederum auf der anderen Seite das Verdienst für sich, den Proletariern, die sich dank der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Ideologie, welche in der jahrelangen Erziehungsarbeit gebildet wurde, in der Verzweiflungsstimmung befinden, Arbeit verschafft zu haben. Was diese Umrangierung der Sklaven bedeutet ist leicht zu ergründen. Noch sind zuviele Proleten, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen; die man jetzt, wo sie doch durch den gerechten Abzug vom Lohn der Arbeiter erzielt wird, lieber der noch zum Teil konkurrenzfähigen Industrie in den Schlund wirft.

Alle Proleten nun, die sich dieser ganz offenen Versklavung nicht fügen wollen, gehts so wie die, welche sich nicht der Zwangsarbeit für die Bettelpfennige fügen wollten. Sie sind dann eben die Faulen, wie Oberbürgermeister Böß sagte.

Diesen Kurs hat ja nun auch mit brutaler Offenheit die „D. A. Z." vom 8. Juli angegeben, als sie zu den sozialpolitischen Anträgen des Reichstages Stellung nimmt und schreibt:

„Die Gesundungskrise in der Wirtschaft, die sich immer stärker durchsetzen muß, bringt ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit mit sich und kann im Herbst auch zu einer schweren sozialen Krisis führen. Je eher man sich darüber klar wird, mit welchen Mitteln man die Folgen dieser Erwerbslosigkeit mildern und bekämpfen kann, desto besser ist es. Weher man allerdings die sehr beträchtlichen Mittel für eine auch nur wenig erhöhte Unterstützung nehmen wird, ist bei der Lage unserer Finanzen und unserer Wirtschaft noch in tiefes Dunkel gehüllt. Die oberste Regel bei Beratung der vorliegenden Anträge muß sein: keine Ausgabe ohne Deckung, den lediglich von agitatorischen Rücksichten getriebenen Antragstellern muß die Pflicht auferlegt werden, die Mittel zur Durchführung ihrer Anträge klar nachzuweisen. Mit den allgemeinen Phrasen, wie sie sich in dem sozialdemokratischen Antrag Müller und Genossen finden, daß eine Erhöhung der Belastung des Besitzes vorgenommen werden soll, darf sich der Soziale Ausschuß natürlich nicht begnügen.

Sollte eine leichte Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen werden, so muß ferner auf jeden Fall dafür gesorgt werden, daß nur echte und unverschuldete Arbeitslosigkeit die Unterstützung finden darf. Mittel und Wege müssen gefunden werden, eine scharfe Kontrolle der Gesuchenden durchzuführen."

Hieraus kann das Proletariat ersehen, wohin sein Weg des stillen Duldens und Abwartens führt. Die Sprache des Kapitals ist offen, brutal aber verständlich, die seiner Lakaien verschleiert und darum gefährlich. Will das Proletariat nicht im Schmutz und Dreck verkommen und wie Vieh hin und her rangiert und geprügelt werden, dann muß es sich von diesem System und allem, was es erhaltenden Organisationen, den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien losesagen und als Klasse um die Betriebe, um die Produktion und um die politische Macht kämpfen. Gewiß heißt dieses Bürgerkrieg, doch wird derselbe gegen diesen still wütenden Würgerkrieg nur einen Teil an Opfer fordern.

Rüstungen für den „Frieden"

Der japanische Marineminister erklärte im Parlament, die Weltlage erfordere, daß Japan seine Marineluftstreitkräfte weiter vermehre. Er empfahl die Aufstellung von elf weiteren Geschwadern außer dem 17 im gegenwärtigen Programm bereits vorgesehenen.

Kommentar überflüssig.

Das revolutionäre Proletariat kann dieser Entwicklung der nächsten Zeit, die mit dem Kennwort Faulismus gesehen ist, natürlich nicht mit der Ruhe des Faulen zusehen. Es muß sich klar sein darüber, daß das Unternehmertum in Anklang an diese Einschwenkung zum „Frieden" auch innerhalb der Betriebe mit einer neuen Taktik auftreten wird, die sich die Illusionen des Proletariats zunutze macht. Die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitsgemeinschaft haben ihre Pflicht getan. Der Zerfall der Gewerkschaften scheidet sie zum Teil aus. An ihre Stelle tritt nunmehr in den Vordergrund die sogenannte Werksgemeinschaft. Doch ganz wird man auf die Mithilfe der freigelben und christlichen Gewerkschaften nicht verzichten können bei der Niederhaltung des Proletariats. Wenn man eine Parallele ziehen wollte, so könnte man diese Werksgemeinschaft beinahe vergleichen mit der vaterländischen Aufklärungsarbeit in der Armee im letzten Kriegsjahr. Die einzelnen Arbeiter sollen mehr am Betriebe und seinem gewinnbringenden Wirkungsgrad interessiert werden. Das geschieht durch Vorträge, besondere Zeitschriften, Versuche ein gegeres freundschaftliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeiter herzustellen. Man gibt sich da beachtenswerte Mühe. Aber nun kommt die Hauptsache. Die Belegschaft wird weit unter Vorkriegsstand herabgesetzt, die zurückgebliebenen werksgemeinschaftsfriedlichen Elemente verhältnismäßig gut bezahlt und die Tagesleistung derselben soweit erhöht, daß trotzdem die volle Produktion des Betriebes gewährleistet ist bei geringeren Unkosten und geklitzter Gesamtlohnsumme.

Dadurch werden künstlich zwei Klassen im Proletariat geschaffen. Erstens die mit der „guten" Gesinnung, einigermaßen anständig bezahlt, mit kapitalistischer Ideologie vollgepfropft, Gegner jeden Klassenkampfgedankens, die sie in ständiger Furcht leben, dadurch ihre feine Stellung zu verlieren. Zweitens, die mit der „schlechten" Gesinnung, die Klassenkampfer, ständig arbeitslos, zermürbt, die die Sterblichkeitsziffer erhöhen sollen. So sieht die Werksgemeinschaft aus. Im Zeichen des Pazifismus, im Banner der Londoner Konferenz. An Stelle der Kugel, schweigendes „friedlichen" Verhungern, Wahnsinnsverzweiflung. An Stelle aufrüttelnder, peitschender Gewalt, kaum merkliches Zermürben der Kräfte.

Dagegen hilft nur die vom erkenntnisklaren Willen getragene, offene Gewalt des Proletariats. Es gilt zu rüsten.

Die internationale Arbeits-Konferenz in Genf

Vom 16. Juni bis 5. Juli tagte in Genf eine Konferenz, die sich die „Internationale Arbeitskonferenz" nennt. In schönster Harmonie fanden sich da zum sechstenmal allerlei Vertreter zusammen, und zwar ein Drittel der Anwesenden waren Regierungsvertreter, ein Drittel Vertreter des Mehrwerts und das letzte Drittel „Vertreter" der Arbeiter.

Dieses Gemisch von Großbourgeoisie und Kleinbürgertum debattierte über die Frage der Nachtarbeit in den Bäckereien, die der Arbeitszeit in den Glasbrennereien, die Verwendung der Freizeit für die Arbeiter und die Bekämpfung des Milzbrands und das Problem der Arbeitslosigkeit.

Trotz dieses Gemische der Zusammensetzung hebt der „Vorwärts" vom 6. Juli lobend hervor, ist die Arbeit sachlich und mit gutem Willen auf beiden Seiten vonstatten gegangen. Was wir unterstreichen können; denn wirkliche Unterschiede bestanden und bestehen zwischen den Herren und ihren Knechten nicht, nur ist man in der Art der Niederknüttelung des internationalen Proletariats verschiedener Meinung.

Der deutsche Regierungsvertreter und auch der Vertreter der Mehrwertbestien erklärten ganz kategorisch, bei uns kommt eine Anerkennung der Beschlüsse speziell über den Achtstundentag nicht in Frage. Bei uns heißt es jetzt ganz offen — mehr arbeiten und weniger essen — und für die eben keine Arbeit ist, ist auch nichts zu essen.

Darob waren die Vertreter der anderen Länder stark verschnupft; denn bei dem Bienenfleiß und der Hundedemut des deutschen Proletariats, was beides ja traurig bekannt und berühmt ist, muß doch mit neu auftauchender Schmutzkonkurrenz gerechnet werden trotz Reparationen, trotz Dawes-Gutachten. So wurde denn auch die Resolution betreffs des Achtstundentages angenommen, trotzdem es diesen ja gar nicht mehr gibt, und mit dem Brustton der vollsten Ueberzeugung sagte Johaux auf der Konferenz: „Wir kämpfen für die Arbeiter in der ganzen Welt, wenn wir für den Achtstundentag des deutschen Arbeiters eintreten und selbst, wenn dem nicht so wäre, würde die deutsche Arbeiterschaft sich den Achtstundentag zurückholen — aber dann für immer."

Dies klingt ja ordentlich mannhaft und ab und zu mag es noch Arbeiter geben, die diesen Waschlappen, diesen Schwätzern irgendwelche Bedeutung beimessen in ihrem Befreiungskampf, doch ein Mensch sowie auch Organisationen werden nicht nach ihren Worten, sondern nur nach ihren Taten beurteilt. Und wer das Reparationsproblem lösen will, was gar nicht zu lösen ist, und dies wollten alle dort versammelten Typen der jeweilig herrschenden Klasse, der muß auch die unbeschränkte Arbeitszeit wollen, die dann nötig ist, aus dem Industriell zurückgebliebenen Land Deutschland alles das herauszuschinden, was notwendig ist, nämlich den Profit der eigenen Schinderknechte sowie noch das, was die internationale Bourgeoisie begehrt. Dieses weiß natürlich auch der vom Kapital gekaufte Professorensoldknecht, der erkenntnisreiche Marxist und Chefredakteur des gewesenen Hugo Stinnes, der geliebte Paul Lensch, der aus alter Freundschaft zur SPD., wo er einstmals eine Blüte von eigener Pracht darstellte, dieser so ab und zu heftige marxistische Wahrheiten sagt, die der SPD. aber nicht schmecken. Doch für ihn selbst, den Professor, den Mann der Wissenschaft, treffen ebenso wie für alle Lakaien der Bourgeoisie die Worte des kommunistischen Manifestes zu, die da lauten:

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."

Und dieser Paul Lensch kann nicht umhin, diese Troßbuben von Sozialdemokraten, wie er sie nennt in der „DAZ." vom 8. Juli, links und rechts zu backpfeifen, um sie zu fördern in dem Ansehen der Arbeiterschaft. Daß er sich dabei im Interesse seines Brotherrn, der Schwerindustrie, auch allerlei Verdrehungen zu Schulden kommen läßt, liegt ja in der Natur der Sache. Sogar zum Schildhalter der Arbeiterschaft wirft sich dieses Professorenseele auf, natürlich der deutschen Armee deutsches Proletariat, möchte man sagen, du hast der Gönner doch wahrlich zu viel.

Auch vom Hunger spricht dieser Mann, vom Hunger der Kinder, der Proletarierkinder. Dieser beißende Zynismus übersteigt alles bisher Dagewesene.

Wenn er dann hohnlächelnd über den Trümmerhaufen der Poincaréschen Politik im Ruhrgebiet schreibt, so hat ja auch die deutsche Bourgeoisie ihren „heiligen" Ruhrkrieg verloren und um den neuen harten Frieden kommt man jetzt nicht herum, der allerdings in seiner letzten Auswirkung immer wieder das Proletariat allein nur trifft. Und zum Schluß arbeiten sich denn die Schildhalter des Kapitals gegenseitig in die Arme. So lautet denn der Schlußsatz seines Artikels folgendermaßen über die Internationale Arbeitsconferenz:

„Ein Wort noch zur Haltung der deutschen Sozialdemokratie in Genf. Sie ist dort ebenfalls für die Festlegung des Achtstundentages in Deutschland eingetreten. Das ist eine heitere Politik. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die in einem Augenblick, in dem Widerstand uns noch wesentlich hätte Hilfe bringen können, zum Abschluß des Waffenstillstandes und des Friedens eiligst drängte: ruit in servitium (durch den Zusammenbruch in die Knechtschaft). Wäre sie eine politische und zum Herrschen fähige Partei, so müßte sie die Kraft der Klasse, die sie vertritt, bis auf den letzten Rest in den Dienst ihrer Politik stellen. Sie hat das Gegenteil getan und durch Proklamierung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit ihre eigene Politik preisgegeben. Sie war zu schwach, um ihrer Gefolgschaft zu sagen, daß Reparationspolitik und Sozialpolitik unvereinbare Gegensätze sind. Jetzt siecht sie an ihrer Lüge dahin."

Die II. Internationale zum Kriege vor dem Kriege

Die II. Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt, was schließlich das zehnjährigen Wiederkehr ihres schändlichen, feigen Umfalls den Proletariern noch mal in Erinnerung gebracht werden kann. Die Resolution lautet:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles anzustreben, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Den Proletariern der SPD. muß immer wieder klar gemacht werden, daß die II. Internationale längst im Dienst der internationalen Bourgeoisie steht und die Worte Klassenkampf und Sozialismus nur noch nach außen, als alte Firma gelten, während man sich innen längst häuslich im kapitalistischen System eingerichtet hat.

Für alle Proletarier, für die der Klassenkampf nicht ein Unterschlupfen unter die Fittiche der Bourgeoisie bedeutet, kann und gibt es nur eine Parole: Heraus aus allen Organisationen, die mit der II. Internationale irgendwie in Verbindung stehen. Die Internationale des Proletariats, der Menschheit erstehet im Kampf und hat als Fundament proletarische Organisationen, die nach dem revolutionären Rätesystem aufgebaut sind.

Uebrigens wird der aufmerksame Leser in dem ersten Absatz der Resolution, wo von der **Anwendung der am wirksamsten erscheinenden Mittel** gesprochen wird, den Ausweg erkennen, den die Sozialchauvinisten aller Länder 1914 beschritten haben. Ausführlicher wird in der folgenden Nummer dazu geschrieben.

Politische Rundschau

Aus Noskes Reich

Was der „Vorwärts" verschweigt

Im „Vorwärts" vom 6. Juli lesen wir:

„22 Opfer des Massenmörders Haarmann"

Auf Grund der Erkennung von Kleidungsstücken durch Angehörige von Vermißten können jetzt sogar 22 Opfer des Massenmörders Haarmann als festgestellt angesehen werden. Den letzten Mord hat Haarmann 8 Tage vor seiner Verhaftung verübt. In den gestrigen Morgenstunden wurde die Leine, deren Wasserstand zuvor gesenkt worden war, von der Polizei nach Ueberresten der Opfer abgesucht. Es fanden sich dabei noch etwa drei große Säcke mit menschlichen Knochen. Inzwischen sind auch einige menschliche Fleischteile angeschwemmt worden."

Trotzdem dieses doch immerhin eine ziemliche Leistung ist und doch die vollüstige, perverse Presse sich stets mit der Gier eines Aasgeiers auf solche Leckerbissen stürzt, ist es diesmal sehr, sehr still im Reich der Journaille. Auch der „Vorwärts" bringt wie oben nur kalte Berichte.

Doch klar und verständlich wird die Sache sofort für den Revolutionär, wenn er erfährt, daß dieser „warme" Bruder in Christo Jahrelang als Spitzel von der Polizei beschäftigt wurde, wie es wörtlich im Polizeibericht heißt.

In Hannover ist immer noch „Genosse Gustav Noske" Präsident. Natürlich untersteht ihm auch die Polizei und Kenner behaupten, daß Noskes Spitzelapparat der beste ist, was ja auch kein Wunder ist bei solchen Perlen. Auf die wahren Ursachen des Sadismus dieser der überhand nehmenden Perversität gerade in diesen bürgerlichen Berufen haben wir schon hingewiesen bei dem Fall des damaligen Lustmörders in Berlin in dem Artikel „Staatlich gezüchteter Sadismus". („Proletarier" Nr. 18.) Die unmenschlichen Prügelszenen auf den Polizeiwachen sind nur dadurch zu erklären, wie es letzthin auch in Düsseldorf der Fall war. Daß dieses Wüten zwischen Menschenleibern dem „Bluthund der deutschen Revolution", wie er sich selbst brüskierend nannte, Gustav Noske fiebliche Musik ist, beweist ja immer noch sein Telegramm an den damaligen Leiter der weißen Horden in München, als man wahl- und planlos über alles herfiel, was irgendwie zusammen kam, so daß man sogar vor 29 katholischen Geistlichen nicht halt machte und sie abmurkste zur höheren Ehre Gottes sowie der „Ruhe und Ordnung" der „deutschen Republik". Das Telegramm lautete:

„Für die umsichtige und erfolgreiche Leitung der Organisation in München spreche ich ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichen Dank für ihre Leistung.

Der Oberbefehlshaber.
Noske, Reichswehrminister."

Was der homosexuelle Achtgroschenjunge (Spitzel) getan hat, war doch eigentlich vom Standpunkt Noskes zur Training (Uebung) für kommende notwendige Arbeit.

Oder ist der „Vorwärts" als „pazifistisches" Organ anderer Meinung?

Die Bourgeoisie entledigt sich ihrer Lakaien

Als im Jahre 1919 die Wogen des Klassenkampfes für deutsche Verhältnisse sehr hoch gingen und in den Januartagen die Regierung Ebert-Scheidemann am seidenen Faden hing, da stellte sich die gesamte Reaktion, die gesamte Bourgeoisie auf die Leiter ihrer Lakaien, genau wissend, werden die erledigt, dann ist es vorbei mit unserem tausendmal geheiligten Privateigentum an den Produktionsmitteln. Im Namen der Demokratie wurde unter dem Protektorat der SPD. wieder Vertrauen zu ihm gewinnen kann. Die neuen Zuchthausgestze, die die Sozialdemokratie in loyaler Opposition mithelfen durchbringen wird, werden beweisen, was vielen Proletariern heut noch ein Rätsel ist. Der Belagerungszustand als Dauerzustand in der „demokratischen" Republik scheint der Arbeiterschaft schon als Selbstverständlichkeit zu erscheinen. Doch wird dieser Schlafmützigkeit bald das Erwachen folgen, und daß das Proletariat gründlich erwacht, dafür laßt uns sorgen.

Linke Kommunisten in russischen Gefängnissen

Ein Aufruf, gerichtet an die III. Internationale, und das sympathisierende Proletariat, lautet folgendermaßen:

Einkerkerung des linken Flügels in Rußland.

Die Arbeitergruppe der Kommunistischen Partei Rußlands besteht ausschließlich aus solchen, die nicht als Beamte tätig sind, sondern in den Werkstätten und Großbetrieben arbeiten.

Sie entstand im März 1923. Die herrschende Bürokratie der KPR. gestattete der Arbeitergruppe keine gesetzliche Existenz, obwohl sie jetzt das Erscheinen der bürgerlichen Presse in Rußland erlaubt hat. Vom ersten Tage an war die Gruppe daher gezwungen, unterirdisch als illegaler (ungesetzlicher) Zusammenschluß sich zu betätigen. Trotzdem wuchs sie an Zahl und Stärke.

Wie die „Berliner Opposition" der KPD. (Kommunistischen Partei Deutschlands) und die Kommunistische Arbeiter-Partei * Deutschlands (4. Internationale) widersetzte sich die Arbeitergruppe Rußlands der Einheitsfront mit den rechten oder reformistischen Parteien.

Die Arbeitergruppe forderte ferner Redefreiheit und Pressefreiheit für die russischen Arbeiter. Sie benützte sich darum, für die Sowjets, für die Arbeiterräte in den Fabriken usw. mehr Macht zu erlangen, damit die Sowjets die Industrie und Verwaltung in die Hand bekommen konnten. Die Arbeitergruppe hat nichts gemeinsam mit der sogenannten „Arbeiter-Wahrheit", die alles, was in der Oktober-Revolution von 1917 als kommunistisch galt, abzuschaffen versucht und daher völlig menschewistisch ist.

Der Zentralausschuß der kommunistischen Partei Rußlands stellt die Lage der Arbeitergruppe aus Furcht vor deren Einfluß völlig falsch dar und verbreitet sogar Lügen über sie. Die Regierungsverfolgung der Arbeitergruppe wird nicht nur international sondern auch in Rußland selbst so geheim wie möglich gehalten. Sogar vor den Vertretern der ausländischen kommunistischen Parteien, die in der Zentralexekutive der III. Internationale in Moskau sitzen, wird das alles sehr gut verborgen. Mehrfach fanden Verhaftungen von Mitgliedern der Arbeitergruppe statt, denen Gefängnisstrafe und Verschickung ins Exil (Verbannung), in die sibirischen Kerker folgten, selbst wenn Hungerstreiks der Gefangenen vorkamen. Sogar solche, die im Verdacht stehen, mit der Arbeitergruppe zu sympathisieren, werden aus Moskau verbannt. Die Genossen Myasnikow, Kusnetzow und Rostatow befinden sich unter denen, die in Sibirien im Gefängnis schmachten.

Diese Politik der KPR. wirkt zerstörend auf das internationale Proletariat. Niemals dürfen die proletarischen Kommunisten die Unterdrückung der kommunistischen Arbeitergruppe gutheißen. Wir hoffen, daß die der III. Internationale angehörenden kommunistischen Parteien, wenn sie das Manifest (die Kundgebung) der Arbeitergruppe lesen, sich selbst ein Urteil darüber bilden werden, ob das Zentralkomitee der KPR. richtig handelte, als es diese Unterdrückungspolitik befolgte und ob hierdurch nicht die Schwierigkeiten im Kampfe gegen die „sozialistischen" Verräter vergrößert werden.

Wir fordern Euch, **Kommunisten aller Länder** dringend auf, Eure herrschenden Genossen in Moskau dazu zu zwingen, die der Arbeiterklasse angehörenden, gefangen gehaltenen Kommunisten frei zu lassen.

Rasch auf zum Befreiungswerk, Genossen!

Die Internationale Gruppe der Kommunisten:
Moskowskiy - Rußland, Vasilew - Rußland, Straumisrowa - Rußland, L. Bersyn - Lettland, Berger - Tschechoslowakei, Alia Akbar - Indien, M. Sofar - Afghanistan, A. Lepin - Lettland, Puhringer - Deutschland (Berlin), E. Kasatowa - Rußland, Bratzky - Polen, Hartz - Deutschland, K. Steinbrecher - Deutschland (Hamburg), E. Lauterbach - Deutschland (Hamburg), Achmed Haljew - Tartarenrepublik.

Diesem Aufruf ist nachstehender Bericht beigefügt:

Nach der Sowjetverfassung können Mitglieder der Sowjets nur dann verhaftet werden, nachdem ein Beschluß, der die Verhaftung billigt, von den Sowjets angenommen ist. Dennoch wurden Demidor und Bersina, Mitglieder der Moskauer Sowjets, ohne jede Prüfung kurzerhand ins Gefängnis geworfen.

Viele Kommunisten werden ohne jede Untersuchung und Verhör eingekerkert. A. Medwedyew wurde ohne Verhör und Belastungsmaterial ins Gefängnis gesteckt und 21 Tage lang darin festgehalten. Ein siebentägiger Hungerstreik verschaffte ihm die Befreiung.

Der alte Bolschewik G. Myasnikow, ein einflußreicher und sehr beliebter Arbeiter-Kommunist, wurde in Perm ins Gefängnis gesperrt, wobei Schüsse auf seine Zelle abgegeben wurden, die Schüsse verfehlten ihn zwar, und er wurde wieder frei gelassen. Unerschüttert kehrte er an seine Arbeit zurück. Er fuhr fort, die russische kommunistische Partei, die III. Internationale und die Sowjetregierung zu kritisieren und Vorschläge zu deren Verbesserung zu machen. Er wurde daher darauf nach dem sibirischen Gefängnis in Tomsk verschickt, und seine Frau mit ihren beiden kleinen Kindern, eins davon noch Säugling, wurde nach Sibirien verbannt. Die Genossen Kuznetzow, Prostatow und viele andere wurden gleichfalls in sibirische Gefängnisse gesteckt. Die Frau von Kutzuetzow wurde mit ihren beiden Säuglingen, von denen einer erst zwei Monate alt ist, nach Barnaul befördert, und Frau Prostatowa wurde mit ihren zwei Kindern nach Sanipatatinsk verschickt.

Um zu begreifen, Genossen, was diese Dinge bedeuten, sollte Ihr die Landkarte von Rußland studieren!

Hierzu fügt die russische Arbeitergruppe folgende Aufforderung hinzu:

„Wenn wir bürgerliche Regierungen zwingen können, Klassenkampfgenossen freizulassen, so dürfen wir deren Befreiung von der Sowjetregierung sicherlich hundertmal mehr fordern. Durch die von der internationalen Arbeiterklasse organisierte Forderung auf Freilassung und durch Druck auf die Vertreter der III. Internationale und der Sowjetregierung in allen Ländern müssen wir die Befreiung der Arbeiterrevolutionäre Rußlands, unserer Brüder im Geiste, aus den Klauen jener Führer Sowjetrußlands unterstützen, die versteinerte Fossilien geworden und mit Blindheit geschlagen sind."

„In allen Euren Versammlungen, Genossen, nehmt Entschließungen an für die sofortige Freilassung von Mayssenikow, Kuznetzow, Prostatow, Remidow, Bersina und die vielen anderen revolutionären Opfer. Fordert von der KPR. und der III. Internationale die sofortige Aufhebung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionären Proletarier der Arbeitergruppe."

„Die russischen Staatsmänner erblicken keine Gefahr in der Freilassung und Amnestierung bürgerlicher Banditen, Kirchenväter und gegenrevolutionären Generäle, die mit dem Weltkapital in Verbindung stehen. Wir müssen darauf bestehen, daß sie auch die Hunderte von Genossen freilassen, die mit aller Kraftanstrengung und mit ganzem Herzen für die Erhaltung der Errrungenschaften der Oktober-Revolution kämpfen. Unter diesen müssen wir folgende Genossen erwähnen: Swozin, Ochnow, Tiyanow, Ilyin, Michallow, Moiseiw, Polossow."

„Nur durch die internationale proletarische Solidarität können wir die kommunistischen Gefangenen befreien, die über die gegen sie gerichtete unkommunistische Rache genau so wie wir denken.

Genossen! Kommunisten und Sympathisierende, laßt uns gemeinsam von der KPR., der III. Internationale und der Sowjetregierung fordern:

Hände weg von den aufbauenden kommunistischen Arbeitern!

(Aus „Workers Dreadnought", London, Nr. 11 vom 31. V. 1924.)

Wir geben diesen Aufruf aus der linkskommunistischen englischen Zeitung „Workers Dreadnought" wieder, um die allgemeine Zersetzung der bolschewistischen Partei Rußlands und somit der III. Internationale aufzuzeigen. Doch muß auf die gefährlichen Illusionen hingewiesen werden, in denen sich die Arbeitergruppe der russischen bolschewistischen Partei bewegt.

Das, was die bolschewistische Bürokratie — die der direkte Gegensatz von Sowjets (Räte) ist — tut, ist von ihrem Standpunkt als Vertreter der ökonomisch stärksten Klasse, des Bauerntums, richtig. Irrig ist es ferner glauben zu wollen, daß irgendwo durch Proteste des Proletariats seine politischen Gefangenen frei würden. Dies ist eben eine Machtfrage. Und nur, wenn die Bourgeoisie schwerst bevorstehender Kämpfe die Spitze abbrechen will, wird sie amnestierte sie vorher rasch einen Teil der politischen Gefangenen der sich in Bewegung setzenden Masse und Klasse.

Trotzdem die russische Regierung oder gerade dadurch, daß sie immer auf 1917 verweisen kann und mit den Worten Kommunismus, Marxismus, Leninismus und Sowjetregierung umherjongliert, ist sie gefährlicher als die bürgerlichen Regierungen, weil noch große Massen des westeuropäischen und sogar auch ein Teil des russischen Proletariats gläubig zu ihr aufblicken und wie es dieser obige Aufruf beweist, Besserung von ihr erwarten.

Die KAPD. weiß, daß Rußland erst noch seine proletarische Revolution erleben wird, wenn das Proletariat Westeuropas seine Klassendiktatur aufgerichtet hat. Dann werden in Rußland erneut die Sowjets zur Tagesordnung stehen, die jetzt nur als Schild für ein bürgerlich-bürokratisches System gelten. Daß der Aufruf an die III. Internationale gerichtet ist, wirkt gerade naiv, denn die III. Internationale ist in Wirklichkeit die bolschewistische Partei und dort herrscht noch immer das Wort Lenins und wird es herrschen müssen: „Die linken Kommunisten gehören in die Gefängnisse." Gewiß hatte Lenin damals die Proletarier, die nichts von der „Nep" wissen wollten, weil sie diese „neue ökonomische Politik als großen Nepp erkannten.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern!
Sammelt und zeichnet auf die Listen der
V R U K
Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus

(in deutscher Sprache)

Monat Juni

Adler, Dr. Max: Der Sozialismus und die Intellektuellen. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien. 0,75 Mk.
Adler, Dr. Max: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung. Laubsche Verlagsbuchhdlg., Berlin C 54. 3,—
Apletin, M.: Der Verband der Bildungsarbeiter in Rußland. Führer-Verlag, Berlin, 19 Seiten. 0,20.
Bogdanoff, A.: Entwicklungsformen der Gesellschaft und der Wissenschaft. Nieke-Verlag, Berlin W 15.
Brammer, Karl: Das Attentat gegen Seeckt. (Heft 5 der „Politischen Prozesse"), Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
Bernstein, Eduard: „Was ist Marxismus? Eine Antwort auf eine Hetze". Buchhandlung: Vorwärts, Berlin, 8 Seiten.
Böhm, Wilhelm: „Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen". Verlag für Kulturpolitik, München. 552 Seiten, geheftet 9.—
Baumann, Wilhelm: Krieg und Proletariat, Verlag für Literatur und Politik, Wien, 156 Seiten. 1,20.
Bund der Wissenschaft und Arbeiter in Sowjetrußland. Bericht über den 1. Kongreß des Bundes. Führer-Verlag, Berlin. 0,50.
Bauer, Dr. Otto: Der Kampf um die Macht. Verlag Wiener Volksbuchhandlung, Wien, 32 Seiten. 0,80.
Bergsträsser, Prof. Dr. L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Verlag J. Bensinger, Mannheim.
Braner, Th.: Krisis der Gewerkschaften. Verlag Gustav Fischer, Jena, 54 Seiten. Brosch. 1,—
*Bakunin, Michael: Gesammelte Werke, III. Band. Herausgegeben von Dr. Max Nettlau. Verlag Kater, Berlin, 276 Seiten. 2,—
Corbach, Otto: Moskau als Erzieher, Erlebnisse und Einsichten aus Sowjetrußland. Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig. 100 Seiten. 1,20 Mk.
„Die Internationale", Revue der Int. Arbeiter-Association (Syndikalisten), Nr. 2. 1. Jahrgang. Verlag Fritz Kater, Berlin. 48 Seiten. 0,60 Mk.
„Die Gesellschaft", Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausg.: Dr. Rud. Hilferding. Nr. 3. 1. Jahrg. „Vorwärts", Berlin. 1,20 Mk.
Das Dawes-Gutachten. Bearbeitet von Kurt Heinig, Rudolf Wissell und Kurt Mierendorff. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin. 2,50 Mk.
Der Weg des Verrats. Ein Sündenregister des ADGB. Vom Leipziger Gewerkschaftskongreß zum Sachverständigen-Gutachten. Verlag Viva, Berlin. 40 Seiten. 0,30 Mk.
Daumier, Honoré: Der Zeichner der französischen Revolution. 16 satirische Zeichnungen, vier Seiten Text in Mappe 30 mal 40 cm. Agis-Verlag, Wien. 5,50 Mk.
Die Schuldigen. Von einem Sozialdemokraten. Neuer Deutscher Verlag. Berlin. 44 Seiten. 0,40 Mk.
Die Lehren der deutschen Ereignisse. Die Kommunistische Internationale zu den Ereignissen in der KPD. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. 120 Seiten. 0,60 Mk.
Der deutsche Reichstag, gewählt am 4. Mai 1924. Statistiken, Bilder und biograph. Notizen der Abgeordneten. Verlag Diets Nachf., Berlin. 1,— Mk.
Drahn, Ernst: Lenin. Eine Biographie. Verlag E. Prager, Berlin. 1,— Mk.
Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages der KPD. Herausgegeben von der Zentrale der KPD. (Nur an Mitglieder.)
Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Herausgegeben von der Zentrale der KPD., Berlin S 12.
Dannenberg, Karl: Der Weg zur Macht oder die konstruktiven Grundlagen des Sozialismus. (Gemeinschaft für Arbeitsbildung, Braunschweig.)
Das Sachverständigen-Gutachten. Mit Anlagen. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M.
Deutsch, Regina: Parlamentarische Frauenarbeit. Verlag Parthes in Gotha. Brosch. 3,— Mk.
Ewald, Oskar: Die französische Aufklärungsphilosophie. Verlag Ernst Reinhardt, München. 160 Seiten. 3,— Mk.
Fröhlich, Paul: Hochverräter Stinnes. Drei Reichstagsreden. Verlag Viva, Berlin. 34 Seiten. 0,20 Mk.
Franke, Ernst: Anleitung für Agitation und Propaganda der Betriebszellen. (KPD.) 23 Seiten. Berlin. 0,20 Mk.
Fiedler, Johann: Die Konsumvitionsbewegung der Gewerkschaften. Verlag Hölder-Pichler-Tempsky, Wien-Leipzig.
Geyer, Curt: Drei Verderber Deutschlands. (Havenstein - Helfferich - Stinnes.) Verlag Dietz, Berlin. 2,50 Mk.
Geyer, Anna: Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. Thüringer Verlagsanstalt, Jena. 109 Seiten. 2,— Mk.
Graf, G. Engelbert: Was muß der Arbeiter vom Kapitalismus und Sozialismus wissen? Dritte erweiterte Auflage. Verlag der Genossenschaftsdruckerei „Volkstribüne", Elberfeld.
Gabor, Andor; Harthys Lager. Drei Bilder aus dem ungarischen Leben und vom ungarischen Tod. Malik-Verlag, Berlin. 1,— Mk.
Gutachkow, M.: Die Grundfragen der illegalen Verbandsarbeit. Verlag Jug.-Intern., Berlin-Schöneberg. 68 Seiten.
Guilbeaux, Henry: Lenin. Ein getreues Bild seines Wesens. Deutsche Ausgabe. Verlag Die Schmiede, Berlin. 2,60.
* Friedrich, Alexander: Henry Ford, der König der Autos und der Herrscher über die Seelen. Neuer Deutscher Verlag, Berlin. 60 Seiten. 0,50 Mk.
Hartmann, Eduard v.: Gedanken über Staat, Politik und Sozialismus. Verlag Alfred Kröner, Leipzig.
Hamilton, Mary: J. Ramsay MacDonald, sein Werk und sein Charakter. Verlag Orell Füßli, Zürich. 208 Seiten. 6,—.
Jung, Franz: Geschichte einer Fabrik. Verlag für Literatur und Politik, Wien. 94 Seiten. 1,50 Mk.
Jung, Franz: Jack London. Ein Dichter der Arbeiterklasse. Verlag für Literatur und Politik, Wien. 148 Seiten. 1,20.
* Kropotkin, Peter: Worte eines Rebellen. Zweite Auflage. Verlag Erkenntnis und Befreiung, Wien. 256 Seiten. 1,80.
Kyparissow, Th.: Bund der Wissenschaft und der Arbeit in Sowjetrußland. Führer-Verlag, Berlin. 0,15 Mk.
Kamenew, L. B.: Lenins literarisches Erbe. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. 43 Seiten. 0,20 Mk.
Kon, F.: Der kapitalistische Terror. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. 41 Seiten. 0,30 Mk.
Kuske, Dr. B.: Die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Verlag Oskar Müller, Köln.
Lenin, W. I.: Die internationale kommunistische Bewegung. Verlag Hoym Nachf., Hamburg. 37 Seiten. 0,25 Mk.
* Lenin, N.: Staat und Revolution. Neue, durchgesehene und nach der letzten russischen Fassung vervollständigte Ausgabe. Verlag Literatur und Politik, Wien.
Lenin, Leben und Werk. Beiträge russischer Kommunisten. Verlag Literatur und Politik, Wien. 208 Seiten. 4,— Mk.
Leder, Z.: Das Reparationsproblem, die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse. Gewerkschaftsabteilung KPD. Verlag Viva, Berlin. 54 Seiten. 0,30 Mk.
Lania, Leo: Gewehre auf Reisen. Bilder aus der deutschen Gegenwart. Malik-Verlag, Berlin. 1,— Mk.
Martynow, A.: Die Liquidation des Menschewismus in Georgien. Verlag für Literatur und Politik, Wien. 40 Seiten. 0,50 Mk.
Mühlen, Hermann: Schupomann Karl Müller, Erzählung. Viva-Verlag, Berlin. 30 Seiten. 0,30 Mk.
* Marx-Engels: Das kommunistische Manifest. Zweite erweiterte Auflage. Viva-Verlag, Berlin. 80 Seiten. 0,60.
* Marx-Engels: Lassalle. 1. Ihre Schriften und ihre Ideen. 2. Ihre Vorläufer und die Ideen hervorgerufen Arbeiterbewegung. Verlag Prager, Berlin. Je Bd. 1,—
* Marx: Briefe an Kugelmann. Einleitung von N. Lenin. Verlag Viva, Berlin. 96 Seiten. 0,80 Mk.
MacDonald, Ramsay: Unsere Politik. Leubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin. 2,50 Mk.

*) Gemeint ist hier die sogenannte „Essener Richtung", die nur noch in Deutschland ein Schattendasein fristet und von deren Existenz nicht mehr geredet werden kann. Eine vierte Internationale, eine Räte-Internationale, wie sie die KAPD. ersteuert, gibt es noch nicht. Erst aus den KAP. der hochindustriell entwickelten Länder wird die neue, die Räte-Internationale organisch herauswachsen. Die Gründung einer Internationale ohne jeglichen organisatorischen Rückhalt in den wichtigsten Industrieländern, wie es die sogenannten „Essener" taten, hat mit dem Grundgedanken der KAPD. von unten auf, dem Räteprinzip, nichts gemein und dies war mit ein Grund der damaligen Trennung.

Der alliée Faschist in der „Welt am Montag"

Ein gewisser Ehm Welk schwingt sich in der „Welt am Montag" vom 7. Juli zum Ehrenretter des italienischen Faschismus auf, um dabei kleine, aber nur sehr zarte Bemerkungen über den deutschen Faschismus als Affe des italienischen zu machen.

Dieser Herr ist nämlich in Italien gewesen und hat sich umsieht und dabei das Wesen des Faschismus kennen gelernt, an der Volksseele genau studiert. Er muß früher öfter schon in Italien gewesen sein, denn ganz erfreut ist unser vor „Gerechtigkeit" triefende Faschistenanbeter darüber, daß nicht mehr gebummelt wird, überall der Faschist das Volk erzieht, den beschimmelnden Droschkenführer zur Ordnung ruft, den Bahnbeamten, der die Reisenden stehen läßt usw.

Um dann zu sagen: „Der Geist, der den Faschismus beseelt, ist von manchem Postenjäger, von vielen Mitläufern besudelt."

Daß der ganze Faschismus ein korrumpiertes System von oben bis unten und unten bis oben ist, was sich bei der Ermordung Matteottis ergab, von dem weiß der „Pazifist" Ehm Welk in der „Welt am Montag" scheinbar nichts. Und daß tausende und abertausende Proletarier Italien kaum mit heißen Kochen Fluchtartig verlassen konnten und heute noch der Terror, wie die jüngsten Meldungen es beweisen, an der Tagesordnung ist, weiß auch dieser Italienreisende nicht, denn es nur darum so gut gefallen hat, daß er kein Trinkgeld entgegengesetzt zu früher, geben brauchte.

Das Gesamtbild schildert der „Herr" folgendermaßen:

„Nachdem ich durch ganz Italien gekommen war und mit Dutzenden von Faschistengegnern gesprochen hatte, formte sich das Bild so: Er hat zunächst mit brutaler Gewalt, dann mit Bestimmtheit das Volk in allen seinen Schichten von Schwätzen zur Arbeit gezwungen, zur Pünktlichkeit, Ordnung, zum Steuerzahlen, zur Sparsamkeit; er hat den Staatsgedanken wiedererweckt, die Freude über ein gesundendes Staatswesen, Liebe zum Vaterland. Ein Rauch ging durch Italien, aber es war mehr die Freude über ein gesundendes Staatswesen, als Unduldsamkeit und chauvinistische Prahlerei.

Mussolini hat mit Hilfe von Knüppeln und Schießeisen die Regierungsgewalt ergriffen und behauptet. Dann ließ

Groß-Berlin: Freitag, 11. Juli, in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

er durch die Volksmeinung die Rechtmäßigkeit seiner Regierung sich bestätigen. Er errang einen gewaltigen Sieg, und wenn es auch zutrifft, daß Knüppel und Schießeisen bei den Wahlen ihre Ueberzeugungskraft oft noch geltend gemacht haben, es wirkten agitierend doch noch mehr die Beweise der Besserung der Zustände im öffentlichen Leben. Hier sind Dinge vollbracht worden, über die alte Italienkenner aus dem Staunen nicht herauskommen."

Also mit anderen Worten möchte dieser „edle Pazifist" solchen Faschismus in Deutschland auch, der übrigens sich schon ganz schön unter dem Reichsbanner schwarz-rot-gold nebst den Wehrwölfen und wie die Windjackenjungs alle heißen, entwickelt. Und dies ist die gefährliche Tendenz aller kleinbürgerlichen pazifistischen Heuchler und Schreier, die gegen das Proletariat jede Gemeinheit und Brutalität als gerechtfertigt hinstellen und über jede Gegenwehr, auch die gelindeste, des Proletariats Zeter und Mordio schreien und bolschewistische Verhetzung und Verwilderung in den Klassenkämpfen des Proletariats erblicken.

Diesen jammernden Heultonnen der Bourgeoisie, die dem Proletariat immer im entscheidenden Augenblick mit dem Gesicht des harmlosesten und edelsten Freundes entgegentreten und in den Arm fallen, muß das Maul so gründlich gestopft werden, daß sie ihren Heulton nicht mehr von sich geben können.

Wer in diesem verfaulenden Gesellschaftssystem, wo Millionen verrecken müssen, wenn es bestehen bleibt, der ausgebeuteten Klasse Gewaltlosigkeit predigt, ist entweder ein Dollbregen oder ein bewußter Hallunke.

Beider hat sich das Proletariat zu erwehren.

Michlichs Ausschluß „gewünscht"

Denn daß ihr Ausschlußantrag ernst genommen wird von den oberen „altbewährten Führern", glauben doch wohl selbst die Arbeiter der SPD. von Hasche nicht, die am 2. Juli in einer Mitgliederversammlung einstimmig obiges „beschlossen". Eigentlich sollten sie sich was schämen, gegen solchen „verdienten Genossen" wie Mehlich etwas zu unternehmen, der doch nur versucht, allen anderen, wie Severing, Hörsing, Ebert, Noske, Auer, Grützner gleichzukommen.

Von den Kleinbürgern, den Führern, die um ihre Existenz kämpfen im Kapitalismus und dies nur auf Kosten der Arbeiter tun können, kann man nichts anderes erwarten, aber von den Arbeitern der SPD. kann man mittlerweile doch etwas mehr Begriffsvermögen voraussetzen. Jeder Spaß muß doch mal ein Ende nehmen.

Er hat die Nase voll und geht doch wieder wählen

nämlich der Proletarier, der das Versagen des Parlamentarismus nur auf die Parlamentarier schiebt und der glaubt, daß, wenn da lauter charakterfeste, ehrliche und selbstbewußte Männer sitzen, es dann besser wäre oder schließlich werden könnte. Einen Tag nach der Haussuchung bei den Parlamentskommunisten hatte sich der zu Hunderttausenden umherlaufende Typ von Proletarier in das „hohe Haus des Volkes" begeben, um zu sehen, wie sich die Affentheater dort abspielt. Er schreibt darüber der „Welt am Abend" vom 5. Juli folgende trefflichen Sätze:

„Ich habe den Parlamentarismus ein paar Stunden genossen. Ein paar Stunden nur — aber ich habe die Nase voll für immer. Ich will nichts mehr davon hören. Wenn nur alle Arbeiter und Beamten Gelegenheit hätten, in diesen Getriebe hineinzusehen — sie würden, wie ich, die letzten Illusionen fallen lassen."

Aehnliche Sätze, nur auf eine andere Körperschaft angewandt, sind uns noch aus der „Roten Fahne" im Gedächtnis, wo mal ein Berichterstatter der „Roten Fahne" einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission beiwohnte. Ungefähr zwei Jahre sind es her, als die Wogen der Eroberung der Gewerkschaften sehr hoch gingen und Millionen Proletarier glaubten, daß ihr Wille respektiert werden könnte in den höheren Regionen der bürokratischen Organisationen. Zu denjenigen, die ehrlich an die Eroberung der Gewerkschaften glaubten gehörte auch der Berichterstatter. Doch die eine Sitzung diktiert ihm ungefähr folgende Sätze in die Feder:

„Wer sie gesehen hat, all die bürgerlich behäbigen, ergrauten und stolzen Gestalten, die wie Mumien da saßen und für die es keine Massenbewegung im Betrieb und auf der Straße gab, dem wird es nicht wundern, daß es nicht vorwärts gehen will in der Eroberung der Gewerkschaften. Würden die Arbeiter und Angestellten mal solcher Tagung ihrer Vertreter beiwohnen, sie würden einen Ekel vor ihren „Vertretern" empfinden."

Die heutigen Worte über den Parlamentarismus in der „Welt am Abend" erinnern so recht an die damaligen Sätze in der „Roten Fahne", die jedenfalls nur aus Versehen hineingekommen waren.

Es ist nun müßig und leicht, auf die häßlichen und schlechten Abgeordneten und auch Bonzen zu schimpfen. Sie waren nicht alle schlechte Burschen, als man sie aufstellte und wählen ließ. Aber das müssen die Proletarier erkennen, daß in dem System der Bürokratie, in dem System des Parlamentarismus alle, alle diesen Bedingungen unterliegen. Daß sogar ein Karl Liebknecht in den geschichtlich wichtigen Tagen des August von 1914 aus Parteidisziplin bei der erstmaligen Bewilligung der Kriegskredite sich der Stimme enthielt. Was er sofort nachher als Schwäche erkannte und seine spätere Tätigkeit nur die verzweifelten Versuche darstellten, mit der alten, überlebten Waffe des Parlamentarismus noch etliche Verzweiflungsstreiche gegen den Feind zu führen, der im Parlament von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vertreten war. Immer wieder stand auf seinen Flugblättern 1918 im Sommer: „Deutsche Soldaten und Arbeiter! Von Wilhelm dem Hohenzollern bis zu Scheidemann, dem Ministerfrack, reicht die Front eurer Feinde." Für die Proletarier, die von der Eroberung der Gewerkschaften und dem Parlamentarismus sowie von den gesetzlichen Betriebsräten die Nase voll haben, die aber trotzalledem den Kommunismus als neue Gesellschaftsordnung wollen, heißt es, sich endlich der Organisation von klassenbewußten Arbeitern anschließen, die aus allen Kämpfen und Niederlagen des Proletariats die richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat, das ist die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Alle Kämpfe seit 1918 sind gescheitert und mußten scheitern, weil große Massen auf die Führung von oben warteten und weil dem anderen Teil die Einsicht in die tieferen Zusammenhänge der ökonomischen und somit auch der politischen Umwälzung fehlten.

Dieses fehlende Selbstbewußtsein im Proletariat zu wecken, stärken und festigen, ist die dringendste Aufgabe aller Revolutionäre, die den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft wollen.

Die Massen immer wieder zur Wahlurne treiben, wenn auch mit recht radikalen Worten, heißt sie in ihrem Entwicklungsprozeß lähmen, heißt sie immer wieder zurückstoßen und auf neue an „gute Führer" glauben lassen, die ihnen die Arbeit zum größten Teil abnehmen sollen.

An alle Mitglieder der KAPD.

Von der Ortsgruppe Hamborn a. Rh. geht uns zwecks Veröffentlichung folgender Aufruf zu:

Werte Genossen! Um die revolutionäre Presse zu erhalten und zu stärken, sind wir gezwungen, eine Pressemumlage pro Mitglied von Einer Mark zu erheben.

Ihr alle wißt, daß wir uns von der KPD. in der Gewerkschaftsfrage, sowie Parlaments- und Parolenpolitik grundsätzlich unterscheiden. Es ist daher die Pflicht aller Genossen, mitzuhelfen die „KAZ." unter die in der KPD. umherirrenden Revolutionäre zu bringen.

Die demnächst hereinbrechenden Kämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten werden gewaltiger sein als alle bisher dagewesenen. Eine gründliche Aufklärung in allen der Arbeiterschaft angehenden Fragen schafft die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung".

Darum Genossen alle ans Werk!

Es kann darum für die Proletarier der KPD. nicht nur heißen, wir haben die Nase voll vom Parlamentarismus, sondern es muß nun positiv ergänzend der Kampf gegen alle parlamentarischen Organisationen einsetzen um die Einigung im revolutionären Sinne, antigewerkschaftlich, antiparlamentarisch und antigesetzlich vorzubereiten.

Die KAPD. und AAU. sind die einzigen proletarischen, revolutionären, kommunistischen Organisationen, die alle Brücken mit dem Bürgertum abgebrochen haben und darum nicht bürgerlich korrumpiert und versucht sind. Sie beide sind Kinder der Revolution. Wer sie stärkt durch seinen Beitritt, stärkt die proletarische Revolution und erleichtert in der Endauswirkung den Sieg der proletarischen Klasse über die Bourgeoisie mit ihrem Anhängsel, dem sehr gefährlichen Kleinbürgertum, wozu auch die Gewerkschaftsbürokratie und die Parlamentarier gehören.

Aussperrung der Hamburger Bauarbeiter beschlossen. In Hamburg versucht ein Teil der Bauarbeiter durch Teilstreiks eine Erhöhung der Löhne um 10 bis 15 v. H. zu erringen. Daraufhin haben nun die Unternehmer beschlossen, die Bauarbeiter im Groß-Hamburger Stadtgebiet am 7. Juli auszusperren und am 12. Juli alle Zimmerer und Baumaschinisten zu entlassen. Inzwischen ist die Aussperrung am Montag eingetreten. 10 000 Arbeiter werden davon betroffen.

Wirtschaft

Weitere Stillegungen

Die **Kaliwerke Aschersleben** haben ihr Kaliwerk Hattorf stillgelegt. Als Grund wird Absatzmangel angegeben.

Die **Ilseder Hütte** hat auf ihrem Werk in Lengede wieder einer größeren Zahl von Arbeitern gekündigt, so daß die Gesellschaft nur noch 1000 Arbeiter beschäftigt und somit fast zum Stilliegen kommt.

Die **Zellstoffwerke Regensburg A.-G.**, die der Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei hatten, sind infolge Absatzmangel stillgelegt worden.

Nachdem die **Vopelius- und Wenzelschen Glashütten** (Saargebiet) bereits am 31. Mai ihre Betriebe geschlossen hatten, ist nunmehr auch die Lautzental-Glashütte in St. Ingbert (400 Arbeiter) stillgelegt worden.

Aus Hagen kommt die Meldung, daß die Stillegung der „Roten Erde" der Union nunmehr von der Regierung in Arnsberg genehmigt worden ist. Durch die Maßnahme werden viele Hunderte von Familienvätern arbeitslos.

Die **Ziehl- und Stanzwerke Hermann v. Roda A.-G.** in Niederscheiden haben seit einigen Tagen ihren Betrieb stillgelegt.

Aussperrung in Niederschlesien

Unverständliches Verhalten des Proletariats.

In Niederschlesien haben die Hüttengewaltigen die ganzen Werke stillgelegt und die Lohnskalven ausgesperrt. Es kommen folgende Werke in Frage: Wilhelmshütte A.-G., Eulau; Hermsdorfer Eisen- und Emaillierwerk A.-G., Primkenau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Kotzenau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Mallmitz; Eisenhütten- und Emaillierwerk; W. v. Krause, Neusalz, Eisenhütten- und Emaillierwerk; Paulinenhütte, Neusalz; Hermannshütte, Gremsdorf; Friedrichshütte A.-G., Grenlich; Fürstl. zu Solmsches Eisenhüttenwerk, Lorenzdorf; Eisenhüttenwerk Ottilienhütte, Kittlitztreben.

Die Aussperrung erfolgte anläßlich der Nichtanerkennung eines Schiedsspruches der Unternehmer, der etliche Pfennige mehr für die Proleten vorsah. Trotzdem nun die Knute der Profithyänen unbarmherzig auf das Proletariat herabsaust und die grinsende Not in den elenden Löchern der Arbeiter tätlicher Gast ist, geht das Proletariat getreu den Anweisungen seiner Gewerkschaften hin und verrichtet seinem Klassenfeind die Notstandsarbeiten, damit nur nicht die Profit- und Ausbeutungsquellen in Gefahr kommen. Wievieler Niederlagen bedarf es wohl noch, bis das Proletariat begreift, um was es geht?

Ausland

Indien

Gandhi und der englische Imperialismus.

In dem Pariser kommunistischen Gewerkschaftsblatt „La Vie ouvrière" (Arbeiter-Leben) vom 13. Juni 1924 wird der Führer der nationalen Freiheitsbewegung Indiens Mahatama Gandhi wie folgt geschildert:

Es herrscht gegenwärtig über die von Gandhi in Indien betriebene praktische Politik in der abendländischen (europäischen) Presse die größte Verwirrung. Sei es wegen der stark abweichenden Originalität der von dem großen indischen Führer empfohlenen Kampfmethoden, sei es die Unkenntnis der seinem Lande eigentümlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, seine Tätigkeit begegnet in Europa völligem Unverständnis. Die englische Propaganda, die sich des Mittels der Nachrichtenbüros und der englischen Presse bedient, hat leichtes Verwerk, die Welt glauben zu machen, daß der Führer der indischen Bewegung der Gewaltlosigkeit und Nichttheilnahme aus dem Kerker entlassen geneigter schien, sich mit der britischen Regierung zu verständigen oder wenigstens eine vershöhnliche Haltung gegen letztere einzunehmen.

Dennoch bestätigen uns soeben alle von ihm seit seiner Freilassung abgegebenen Erklärungen sein Festhalten bis zum äußersten an seine Kampfmethoden gegen die englische Macht, Methoden, die mit dieser letzteren keinen Kompromiß zulassen. Seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis hat er erklärt, ein unauslöschlicher Gegner der englischen Herrschaft in Indien zu bleiben und nichts von England zu erwarten, wobei er mehr als je die Methode der Nichtbeteiligung oder Verweigerung der Zusammenarbeit mit der fremden Macht als einziges Mittel zur Befreiung seines Landes zu gelangen, empfohlen hat." Wie ehemals, hat er sich durchaus mißtrauisch geäußert gegenüber den gewundenen Methoden der britischen Politiker, deren Politik nach seiner Ansicht „nur eine lange Reihe gebrochener Versprechen" gewesen ist.

Als man von der Arbeiterregierung Mac Donalds sprach, erklärte er gleich anfangs: „Ich setze keine Hoffnung auf ihn, da er der Sklave einer alten Ueberlieferung ist, die sich von Generation zu Generation als wesensverwandt mit der imperialistischen Politik fortpflanzte, von der er sich nicht wird loslösen können! Darüber hinaus hat er eine schwankende, unsichere Stellung und hängt in mancher Hinsicht vom guten Willen der anderen Parteien ab. Auch wird er nicht zögern, Indien zu opfern, um dadurch an anderen Punkten seine Unterstützung zu finden, und diese Schwäche wird es mit sich bringen, daß er uns noch nachteiliger und schädlicher werden wird als die vorhergehenden Regierungen." Erst ganz kürzlich noch sollte sich Gandhi über die Teilnahme an den Wahlen zu den gesetzgebenden Räten durch die Mitglieder des Nationalkongresses äußern. Auch dort bleibt er wie früher Gegner dieser Beteiligung, da der von der swarajistischen Partei gemachte Versuch nach seiner Auffassung fruchtlos gewesen war. Seiner Meinung nach ist es die geringste Abweichung von dieser Methode, die das Kampffeld auf einen für Intrigen und Bestechlichkeit günstigen Boden verschiebt, was sich unglücklicherweise verwirklicht hat, und woraus sich eine leichtfertige Vergeudung von Kräften ergibt. Aber gleichzeitig vereitelte er sehr geschickt die Hoffnungen der Feinde Indiens, die auf eine neue Spaltung im Schoße des Nationalkongresses rechneten, indem er sich verpflichtete, die Aktionsfreiheit der Partei zu achten, sobald diese letztere sich dem Geiste der Nichtbeteiligung angepaßt haben würde.

Getreu seinem Vorgangsweise als Agitator laufen seine Lieblingspläne natürlich auf die Aktion der Massen hinaus, die er vor allem einer eisernen Disziplin unterwerfen will. Auch empfiehlt er die methodische und energische Vorbereitung zum bürgerlichen Ungehorsam oder zur Weigerung, die (bürgerlichen) Gesetze zu achten und insbesondere zur Verweigerung der Steuerzahlung, eine Methode, die seiner Ansicht nach für die indische Bevölkerung die annehmbarste ist, um gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen.

Wie man sieht, hat Gandhi entgegen dem, was die Engländer propagieren, mehr wie je den Beweis einer stärker betonten Unversöhnlichkeit dem englischen Imperialismus gegenüber geliefert, und diese Unversöhnlichkeit hat zur Voraussetzung, daß er hinsichtlich des endgültigen Ausganges dieses furchtbaren Ringens Optimist bleibt.

Luxemburg.

Bedrohung des Achtstundentages.

Auch in diesem Zwergstaat folgen die Unternehmer dem Beispiel, das ihnen von Deutschland, Österreichischen usw. Vorbildern gegeben wurde, und wollen eine Tarifverträge nur unter der Bedingung abschließen, daß die Arbeiter sich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklären. Infolge dieses vom Vorsitzenden des Industriellenverbandes eingenommenen Standpunktes ist es einem bedeutenden Metallkonzern bereits gelungen, die zeitweise (vorübergehende) Aufhebung des Achtstundentages zu erreichen. Wie überall, so unterstützt auch hier die Regierung die Forderung der Industriellen. Die Gewerkschaften Luxemburgs haben eine Entschließung angenommen, nach der dieser Angriff auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse mit allen Kräften zurückgewiesen werden soll.

Doch welche Bedeutung diesen Beschlüssen beizulegen ist, weiß das revolutionäre Proletariat sehr gut. Eher läßt die Katze das Mausen, denn die Gewerkschaften das Bauchrutschen. Was übrigens die Bourgeoisie auch sehr gut, ja sogar besser und gründlicher begriffen hat als das Proletariat.

Der Riesenhauarbeiterstreik in England, der sich auf 700 000 Arbeiter erstreckt, hat am 3. Juli begonnen. Bekanntlich wollten erst die Unternehmer aussperren. Diese haben jedoch ihre Aussperrung um 1 Woche verschoben, worauf dann die Arbeiter den Spieß umdrehten und die die Verhandlungen scheiterten, zum Streik übergingen.

Mitteilungen

KOMMUNISTISCHE ARBEITER-JUGEND DEUTSCHLANDS

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen

Bezirks-Konferenz

Sonntag, den **13. Juli 1924**, vormittags **10 Uhr**, in **Essen**. Jede Gruppe der Jugend, auch der Partei und Union, muß vertreten sein. Bezirksleitung der KAJ.

Gruppe Essen: Jeden Montag und Donnerstag Gruppenabend bei Quest, Hundebrinkstraße 21.

Die Gruppenleitung.

Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Gruppe Norden: Oeffentliche Versammlung Donnerstag, den 10. Juli 1924, abends 7 Uhr, Lokal Zietz, Brunnenstraße 101. Thema: Was ist und will die KAJ. Genossen! Erscheint in Massen!

Groß-Berlin

Achtung! Hauptausschuß-Berliner Arbeitsausschuß sowie an alle eingeladenen Mitglieder. Nächste Sitzung am Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, Schule Gipsstraße. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

18. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr. **Bezirksmitglieder-Versammlung** in Copenick, Rosen- Ecke Kirchstraße, Lokal Augustin. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Bezirksleitung.

Berichtigung

In der „KAZ." Nr. 52 ist uns in dem Artikel: **Ursprung des linken Kurses" der 3. Internationale** — ein Fehler unterlaufen, und zwar muß es im ersten Absatz in der vorletzten Zeile nicht („KAZ." 85 und 93), sondern (**Proletarier" 15 und 17**) heißen.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Heilig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

5. Jahrg. Nr. 53-54

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 68.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Demaskierung der Diktatur

Es ist eine klare, allbekannte Tatsache, daß in Italien die Diktatur herrscht. Die Ergreifung der Macht durch den Diktator spielte sich offen vor den Augen der Welt ab. Jeder weiß, woran er ist, innerhalb und außerhalb Italiens. Daß es noch eine Kammer, ein Parlament, ja sogar gewissermaßen einen König gibt, führt niemanden irre. Deswegen wird es niemandem einfallen, Italien für ein demokratisch-parlamentarisch regiertes Land mit einem konstitutionellen Monarchen an der Spitze zu halten. Mussolini selbst hat es immer für unsinnig seiner Würde gehalten, aus der Diktatur ein Hehl zu machen. Erst in einer seiner letzten Kammerreden, nachdem er nach der unseligen Affäre Matteotti gerade wieder festen Boden unter den Füßen spürte, grollte er gereizt „er könne auch ohne Parlament regieren".

Es kann daher niemanden Wunder nehmen, wenn unter dem 8. Juli aus Rom gemeldet wird, daß ein **Dekret über die Presse**, das Mussolini ein Jahr lang bei den Akten bewahrte, jetzt verkündet worden und mit der Verkündung in Kraft getreten ist.

In der Hauptsache bestimmt das neue Dekret, daß der vom Präfekten anzuerkennende verantwortliche Leiter eines Blattes dessen Chefredakteur oder wenigstens einer seiner Hauptredakteure sein müsse, die aber nicht Senatoren oder Abgeordnete sein dürfen. Der Präfekt kann das Blatt warnen, wenn es durch falsche oder tendenziöse Nachrichten die diplomatische Aktion der Regierung hindere, den nationalen Kredit im Ausland oder im Inland schädige, wenn es unberechtigt Alarm hervorrufe oder irgendwie die öffentliche Ordnung störe, wenn es zum Kleiner Zwecke Angriffe gegen Personen über den Behörden auftrete, wenn es die Disziplin unter den Angestellten eines öffentlichen Betriebes störe, wenn es die Interessen fremder Staaten oder privater Ausländer auf Kosten der nationalen Interessen vertrete, wenn es das Vaterland, den Staat, die Staatsreligion, die Staatsbehörden und befreundete Mächte verächtlich mache. Die Warnung erfolgt durch den Präfekten nach Anhörung einer Kommission, die aus zwei Richtern und einem Journalisten besteht. Ein Blatt, das innerhalb eines Jahres zweimal gewarnt worden ist, verwirkt das Recht, einen verantwortlichen Redakteur zu erhalten, d. h. es muß eingehen.

Der Inhalt des Ediktes entspricht ungefähr den Vorschriften über die Presse, die bei Kriegsausbruch oder während eines Belagerungszustandes in allen Staaten Europas in Kraft zu treten pflegen. Es ist sogar noch um einiges Grade milder gehalten, da die Warnung sogar erst nach Aufhörung einer Kommission erfolgt. Ein Land, das diktatorisch regiert wird wie Italien, lebt unter dem Belagerungszustand in Permanenz. Und deshalb ist es gar nicht weiter erstaunlich, daß dementsprechend Vorschriften für die Presse ergehen. Erstaunlich ist vielmehr, daß sie erst jetzt ergehen, nachdem Mussolini bereits zwei Jahre währt. Höchst erstaunlich, daß der Diktator, ohne dessen Willen seit zwei Jahren kein Sperling vom Dache fällt, das beliebteste Versuchsobjekt aller Regierungsdilettanten, die Presse, ohne ministerielle Aufsicht gelassen hat. Natürlich war diese Presse „Freiheit" genau so von Strafexpeditionen gegen sozialistische Druckereien und Redaktionskuren gegen mißliebige Redakteure begleitet wie jedes „Recht" des nicht faschistisch abgestempelten Volkes. Aber das war doch nur eine Kontrolle, die inoffiziell von, gegebenfalls, Unverantwortlichen ausgeübt werde. Der „Herzog" selbst der sonst mit dem Revolver in der Hand drauf los regierte, ließ die Freiheit des Wortes klugerweise in Ruhe.

Daß er sich jetzt zu diesem Schritt entschlossen hat, ist eine Nachwirkung der Affäre Matteotti und zugleich ein Beweis, wie wenig sie dem Regime des Faschismus hat anhaben können. Die Schwäche der Opposition hat Mussolini gestattet, aus dem Rückzug von neuem zum Angriff überzugehen. Aber an Einhalten seines vielgeübten Diktators ist das Dekret als Mittel zu bezeichnen. Man verwechselte sich doch gewaltig, wenn die Handhabung der Pressebestimmungen, z. B. in Deutschland während des Krieges. Oder wie eine „völkische Diktatur" von Gnaden Ludendorffs von ersten Tage an mit der Presse umsprungen wurde.

Die Zeitungen Italiens haben denn auch das Dekret sehr ruhig und mit einem mehr platonischen Protest aufgenommen. Der letztere: Ausschuß der italienischen Pressevereinigung hat eine Tagesordnung angenommen, in der von allen Zeitungen und Journalisten eine solidarische Stellungnahme gefordert wird und das Direktorium der rechtsliberalen Partei spricht aus, „daß das Edikt, durch die augenblickliche Lage bedingt, nur provisorischen Charakter habe und der völligen Freiheit der Presse hoffentlich bald wieder weiche". Man sieht, der Wind bläst nicht mehr so heftig wie noch vor 14 Tagen. Man weiß, die Diktatur ist wieder stabilisiert und solange die Kraft nicht ausreicht, sie zu stürzen, muß man die Konsequenzen schlucken.

Nur eins verwundert. Bekanntlich hat sich Mussolini, als es die Erregung über den Mord an Matteotti abzuschwächen gab, auf ein Land berufen, das mit bedeutend mehr Gewaltsamkeit nicht einen, sondern 400 politische Morde erledigt hat, ohne an internationalem Ansehen einzubüßen — Deutschland. Dieses Land scheint Mussolini zu imponieren; vielleicht empfindet er, daß der permanente Vollzehrung hier noch bedeutend virtuoser ausgeübt wird als bei ihm. Und es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß er sich erst entschlossen hat, sein Preßdekret zu stärken, als er las, daß sein Kollege Fettmatz in Deutschland am 17. Juni einen ähnlichen Wisch unterschrieb. Dies ist es, was verwundert; daß der Diktator sich bei seinem Vorsitz gegen die Presse nicht wiederum auf die „sociale Republik" den „freiesten Staat der Welt", auf Deutschland berufen hat.

Er hätte es mit vollem Recht gekonnt. Denn die Verordnung, die der Herr Minister des Innern Severing auf Anordnung des Herrn Reichspräsidenten unterm 17. Juni im Reichsgesetzblatt verkündet ließ, ist ein würdiges Stück Diktatur. Nach ihrem Kern können alle Druckschriften verboten werden, „die zur Verletzung oder zum Ungehorsam gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Verordnungen auffordern". Sehr treffend, wie das deutsche Volk hier wieder an seine Gehorsamspflicht erinnert wird, die es allen Behörden gegenüber zu tätigen hat. Aber auch inhaltlich sehr bemerkenswert. Bekanntlich geschieht ja nichts in Deutschland, was nicht „von einer Behörde innerhalb ihrer Zuständigkeit verordnet" wäre. So daß die leiseste Kritik etwa an der Preiserhöhung der Stadtbahn und der Zweckmäßigkeit des Badeverbots im Dorfteich von Zeckerzin in Konsequenz der neuen Verordnung zum Verbot der Zeitung führt, die solche Kritik gewagt. Man wende nicht ein, daß die ernsthafte Erörterung dieser Verordnung nicht das dazu verdruckte Papier wert sei. Diese Verordnung ist bereits geschehene und man sieht man, wohin die Reise geht: auf Grund dieser Verordnung ist nämlich das 141jährige Verbot der „Roten Fahne" und der „Deutschen Zeitung" erfolgt. In der Begründung des Verbots heißt es, die „Rote Fahne" habe in einem Artikel die Methoden des Bürgerkrieges insbesondere den Terror abgelehnt, in einem anderen Artikel festgestellt, daß Deutschland seit Jahren sich im Bürgerkrieg befinde. Aus der Konstruierung beider Artikel müsse gefolgert werden, daß die KPD. beabsichtige, die Methoden des Bürgerkrieges insbesondere den Terror außer in der nächsten Zeit praktisch anzuwenden! Dabei das Verbot. Zu diesem Tatbestand reichte allerdings das Prädigewitz von 1874 nicht mehr aus. Und es fehlt in der „Begründung" des Verbots auch noch der Passus: „da der Bürgerkrieg von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit nicht verordnet ist, . . ."

Politisch unbequeme Zeitungen sollen nach Belieben geschlossen werden, das ist der Sinn der Verordnung, auch wenn

Erfolgreiche Junkeroffensive

Beschleunigte Auswanderung nach den Begräbnisstätten

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichsminister der Finanzen unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer nebst Begründung zur Begutachtung vorgelegt worden, der am 15. Juli im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zur ersten Beratung stehen wird. Wie die Telegraphen-Union mitzuteilen in der Lage ist, hat der Gesetzentwurf im wesentlichen den folgenden Inhalt:

Art. I behandelt die Zölle.

Nach § 1 ist vorgesehen, die Bekanntmachung betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 352) aufzuheben, soweit sie sich auf die Nummer 1, 2, 3, 4, 29, 103, 104, 105, 109, 109 des Zolltarifs bezieht (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Schweinespeck), desgleichen die Bekanntmachung über vorübergehende Zollerleichterungen vom 27. Mai 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 317; frische Küchengemüse).

§ 2 will die Geltungsdauer des Gesetzes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 767) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 mit der Maßgabe bis zum 30. Juni 1926 verlängern, so daß die Reichsregierung ermächtigt ist, bei folgenden Nummern des Zolltarifs die Zölle ohne Rücksicht auf die am 31. Juli 1924 geltenden Vertragsbestimmungen zu erhöhen: Getreidereinheit von 1100 Kilogramm aus 219, 176, den Zollsatz für Gerste unter 4 Mark für Malz und Doppelmutter nur für Gerste zur Viehfütterung unter Zollbeleuchtung festzusetzen.

Durch § 3 soll die Reichsregierung bis zum 30. Juni 1926 ermächtigt werden, auszusetzen, ob und inwieweit § 11 Ziffer 1 Abs. 1 des Zolltarifgesetzes vom 26. Dezember 1902 (Reichsgesetzblatt Seite 303; Erteilung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Hafer und Gerste) Geltung haben soll.

§ 4 verlängert die Geltungsdauer des Gesetzes über die Ermächtigung zu vorübergehenden Zollabänderungen vom 5. August 1922 (Reichsgesetzblatt I, Seite 709) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1926.

Im Artikel II wird dann als Ausgleich die Herabsetzung der Umsatzsteuer von zweieinhalb v. H. auf 2 v. H. erwähnt, so daß mit einer empfindlichen Verteuerung der Lebenshaltung nicht recht zu rechnen ist.

In ihrer Begründung führt die Regierung an, daß gegenüber der gefährlichen sich ständig verschärfenden Krise, in der die Landwirtschaft sich befindet, Schritte unternommen werden müssen. Die Preisverhältnisse zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten ist zu groß und muß ausgeglichen werden, d. h. die Lebensmittel sind für die Proleten viel zu billig, ihnen geht es noch viel zu gut.

Für Proletariat recht vielsagend ist noch folgender Satz betreffend des Viehes.

Die Entwicklung der deutschen Viehbestände in der Nachkriegszeit hat langsam eine Besserung erstehen. Wie die Vieh- und Schweinebestände der letzten Monate zeigen, wird der deutsche Viehbestand in der Lage sein, den gegen die Friedenszeit stark verminderten Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken.

Es muß tatsächlich immer erst eine amtliche Stelle kommen, die, dem deutschen Michel „amtlich" bestätigt, daß es ihnen dreckig geht und daß es durch die jahrelangen Erfolge seiner Gewerkschaften und die vielen Siege seiner Führer kaum noch geradeaus gehen kann.

Der „Vorwärts" nun, das Berliner Volksblatt, wie er sich auch noch nennt, ist nun in die Zwickmühle geraten. Grundsätzlich, heulmeiert er immer wieder, sind wir, nämlich die Laktaien, die SPD. für eine positive Unterstützung der Landwirtschaft; denn der geht es dreckig. Aber so geht es doch nicht. Anläßlich der Stabilisierungskrise ist doch jeder auch nur kleinste Versuch eines Ausgleiche durch Lohnerhöhung ausgeschlossen. Dazu noch die dauernden Mietssteigerungen. Alles trifft die Arbeiterschaft. Die Regierung scheint sich darüber keine Kopfschmerzen zu machen. So in diesem Tone heulmeiert der Hauskneicht.

Doch nicht etwa, daß es der Arbeiterschaft schlecht geht, sondern weil diese Burschen wissen, daß allzu scharfes Vorgehen scharfig machen kann. Sie sind mehr für das langsame und darum sichere Hinuntergleiten in die vielbeine Lebenshaltung des Proletariats; denn daß diese notwendig ist und kommen muß bei der weiteren Existenz der Profitwirtschaft, wissen diese „Marxisten" nur zu gut. Doch wiederum ist die Krise so stark und so tief, daß nur ganz tiefeinschneidende Maßnahmen für den Augenblick eine Erleichterung bringen können. Jede Sentimentalität, jede Gefühlsduselei, jede auch noch so kleine Buchstabenhaue auf die beherrschte und unterjochte Klasse bedeutet für die herrschende Zeitverschiebung. Und Zeit ist heute wie stets für den Bourgeois Geld.

Die Sozialdemokratie, die die stärkste Verfechterin der Durchführung des Dawes-Planes ist, muß ja auch, und dies weiß ja auch die Bourgeoisie ganz genau, allen Maßnahmen zustimmen, die notwendig sind im Klasseninteresse der Bourgeoisie.

Und wenn der „Vorwärts" vom 10. Juli schreibt, ein Block der „Privatwirtschaft", der Kapitalisten und Agrarier, aufgebaut auf dem Raub des Achtstundentages und neuer Hochschutzpolitik, bedeutet das Ende der Verständigungspolitik, so ist dies insofern wahr, daß das Kapital um eine Verständigung mit seinen Lakaien nicht bitten braucht. Dieselben sind auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie verbunden und müssen, wenn auch schreiend, fluchend, manchmal auch bittend hinter den Wagen des Kapitals herhaufen, damit, falls man sie notwendig braucht, sie sofort zur Stelle sind.

Fürs revolutionäre Proletariat ist der Weg klar ersichtlich. Die kommende Depression, deren Anfangsstadium wir jetzt erleben, wird unsere Klassengenossen aufpeitschen müssen. Die kommenden Rebellionen, die man wohl laut Gesetz verbieten kann, damit aber nicht verhindert, müssen zu revolutionären Kämpfen gestalten werden durch das revolutionäre Proletariat. Um die wirtschaftliche und politische Macht, um die Diktatur des Proletariats ausgetbt durch seine revolutionären Räte, muß und kann es nur gehen.

Alle anderen sogenannten Lösungen sind Utopisterei, sind trügerische Hoffnungen und verlängern den Leidensweg des Proletariats ins Unendliche.

Der brutalen Offensive des Kapitals muß das Proletariat seine ebenso brutale Offensive ent